



STÄDTE- UND GEMEINDERAT

HERAUSGEBER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN-WESTFALEN

THEMA

MEDIEN

chen vor.

VON ULLA JÜRGENSONN

Frechen - Sie sind gewissermaßen „im Team“. Und das gleich in doppelter Sinne. Karin Schiller und Clemens Boecker arbeiten nämlich zusammen an einem Projekt mit. So haben sie eine ganze Gruppe von Kindern, die an dem Projekt mitwirken.

Dass fast alle außer ihnen „keine Ahnung“ vom Filmen haben, macht die Arbeit für die beiden Fernsehprofis spannend. „Ich tue eigentlich nichts anderes als was, und trotzdem ist es nicht Arbeit, sondern Spaß“, wandert sich Boecker. Der Film habe eine Eigenynamik entwickelt. Das liege vor allem an Jupp Stapp, dem Initiator und Ideengeber des Ganzen, pflichtet Schiller bei: „Er hat eine Art, Menschen zu begeistern.“

Be

Für Herz“ dreht Fernsehbeispiel und V macht bei ei Filmstir so Mann. Um te zu v bei de dreher Job be team darf d nutzen zahlte weiter wäre das Projekt gar nicht zu realisieren.

Auch die Profis arbeiten bei „Grube Herz“ ohne Honorar – und profitieren doch. „Ich lerne meine Heimatstadt plötzlich von ganz neuen Seiten kennen“, sagt Clemens Boecker.



April, wird der obere Teil der Hauptstraße (zwischen Bahnhofs- und Brühlstraße) gesperrt. Dort werden sich dann einige Fußgruppen aufstellen und ein paar Fastwagen anfahren, um als Kulisse für die Dreharbeiten zu dienen. Nun will „Grube Herz“ ja ein Film von Frechenern mit Frechenern für Fre



Schiller und Clemens Boecker sind Produzentin und Kameramann. JÜRGENSONN

en gesucht
ntag vor allem mit



... mit Kamera? ja nun mal normaler...
... muss her...
... in Wochen...
... impen...
... an den Ste...
... geogen...
... Februar-Mä...
... chen möch...
... 234/...
... (r.z.de) anmel...
... gen 11.30...
... (j)

Ein Schlichter und Vernünftiger

Franz-Josef Kiegelmann liegen bei all seinen Tätigkeiten vor allem die Menschen am Herzen.

VON UTA BÖKER

Frechen - Historiker schreiben Geschichte. Dr. Franz-Josef Kiegelmann kam erst spät auf den Geschmack. Doch der Mann, der mit 71 Jahren noch eine Doktorarbeit über die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Frechens im 19. Jahrhundert verfasste, hat noch mehr Leben. Da im zunächst der Lehramt, Kiegelmann unterrichtete 20 Jahre lang an einer Hauptschule in Bergheim, bevor er als Schulleiter zur Kingschule nach Frechen wechselte. Dort blieb er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1997. „Bildung und Er

Freunde mit zwei Enkelkindern hat, 21 und 11 Jahre alt.

Dann gibt es ein zweites Leben. Als Ratmitglied der CDU engagierte sich Kiegelmann 25 Jahre lang für Belange seiner Heimatstadt. Hauptächlich habe er für die CDU an Schulausschuss mitgearbeitet. „Soziallich habe ich nicht so viel bewegen können“, bekennt er nüchtern.

Leute an Rhein und Erft

Auch hier waren es wieder die „menschlichen Begegnungen“, die ihm viel gegeben haben. Vor allem die mit dem politischen Gegner.

setzt er sich als Schlichter für Gerechtigkeit ein. Wieder eine ehrenamtliche Tätigkeit. Seit nunmehr 30 Jahren versucht er im Auftrag des Stadtrates, bei Konflikten eine außergerichtliche Lösung zu finden – sowohl im privatrechtlichen als auch im strafrechtlichen Bereich. Im privatrechtlichen Bereich sind es in der Hauptsache Auseinandersetzungen zwischen Nachbarn wegen stinkender Grillwürstchen, Partygeräusche oder über den Zaun hinweggehenden Müll. Im strafrechtlichen Bereich sind es vor allem Fälle von Verleumdungen, Beleidigungen und Körperverletzungen, bei denen er vermittelt. Diese Tätigkeit ist der gebührende Frechener auch heute noch aus. „Sie ist notwendig, um den Nachbarn in der Stadt zu wahren“, sagt

02273/44642

Segelschein

Frechen - Der Surf- und Segel-Prüfheim bietet von Montag, 2. Sonntag, 30. Mai, den ersten Kurs für Kinder zwischen 14 Jahren an. Interessierte können sich am Donnerstag, 19.30 bis 20.30 Uhr in der Geschäftsstelle, 02273/5 00 06, anmelden.

Turnabzeichen

Frechen - Im Gymnasium können 130 Kinder zeigen, was sie seit 14 Jahren in ihren Turngruppen gelernt haben. Abschließend erhielten sie Kinderturnabzeichen. Über Kinderturnabzeichen können sich Interessierte am Donnerstag, 20.30 bis 19 Uhr, unter 02273/5 00 06, oder 02273/5 00 06, anmelden.

Alt-Liblar

und Voren...
n Alt-Liblar...
nigt. St...
Schin, M...
n, Jasmin...
regor Wä...
nnt als P...
sengeflü...
I. Bruchh...
ist G...

Hommelsheim bestätigt

Erftstadt - Cuda Neisse-Hommelsheim, Ratfrau in Erftstadt und gemeinderatspräsidentin, wurde vereinernde Bezirksvorsitzende. Frauentag, Beate Mönch mit den Stimmen aller Delegierten im Amt bestätigt. Neisse-Hommelsheim und Erica Semms, Kreisvorsitzende der Frauentag, über ihren Amt als Beisitzerin ebenfalls bestätigt wurde, vertretens im zirkvorsitzend Mittelkreis (abends aus den Kreisen Rhein und Erft-Erft sowie den Südköln, Bonn und Leverkusen) des Kreisrat der Frauen aus dem R. Erft-Kreis.

...che steht

vergangenem Jahr mit einer Pr...
tion. Er soll mit jungen Leuten...
ner Bank und besaß sich die...
von der (ihre...
... mir viel...
trieb gegeben.“ In seiner fast...
... alle...
... Menschen, d...
... wenn er...
... und Wirtschaftsgesch...
Frechens im 19. Jahrhundert...
... Die Geschichte Fre...
... Geschichte...
... „K...
... forsch... in städtischen, st...
... und k...
... alle...
... Wandel...
... geprägt...
... zur Industriestadt aufzuzeig...
...
... Franz-Josef Kiegelmann...
... als...
... Vorsitzender des Fre...



Franz-Josef Kiegelmann schreibt

AUSSERDEM

STADTKULTUR
SPORTFÖRDERUNG
DIGITAL-TV



STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Wir leben in einer Mediengesellschaft. Man kann es beklagen, man kann sich darüber aufregen, dass Zeitungen, Funk und Fernsehen solch großen Einfluss ausüben auf Politik und Verwaltung. Aber es hilft nichts - die gesellschaftliche Entwicklung ist nicht zurückzudrehen. Weit sinnvoller ist es, die Herausforderung aufzugreifen, die von der Omnipräsenz der Medien und ihres Personals ausgeht. Deren Ziel ist vor allem einmal Transparenz, und dabei gehen sie konform mit der modernen, serviceorientierten Kommune. Auch diese will das Verwaltungshandeln offen legen und ihren Bürgerinnen wie Bürgern plausibel machen.

Dies ist in Zeiten knapper Kassen und gewachsenem Selbstbewusstsein der Bürgerschaft dringend nötig. Wenn sich der Rat heute für ein Projekt entscheidet, muss er viele andere Dinge hintanstellen, verschieben, ja ganz aufgeben. Dies will gut begründet sein. Daher werden an die kommunale Öffentlichkeitsarbeit höhere Anforderungen gestellt als vielleicht noch vor 20 Jahren. Aber auch die Journalistinnen und Journalisten auf dem lokalen Parkett tragen mehr Verantwortung. Sie sollen wahrheitsgetreu und differenziert sowie stets unparteiisch berichten. Gleichwohl sollen ihre Kritik und ihre Anregungen konstruktiv wirken - und nicht entmutigend. Medien, die in ihrem Berichtsgebiet nichts Positives mehr finden und dies ihre Leserinnen,



Hörerinnen oder Zuschauerinnen auch spüren lassen, werden ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nicht gerecht. Glücklicherweise gibt es noch den Konsens zwischen Politik, Verwaltung und Medien auf lokaler Ebene. Dieser beruht auf gegenseitiger Achtung, ja auch auf professioneller Distanz und steht fernab jeder Kumpanei. Dass man sich trotzdem informell trifft und im kleinen Kreis „mal ins Blaue hinein“ redet, ist kein Widerspruch.

Ohne Zweifel hat das Internet das örtliche Medien-Geschehen umgekrempelt. Alles geht heute viel schneller - aber dadurch werden auch Erwartungen geweckt. Die Pressemitteilung über ein kommunales Ereignis, quasi in Echtzeit versandt und mit Bildern oder O-Tönen angereichert, gehört vielerorts schon zum Standard. Angelockt von der kommunalen Homepage interessieren sich weit mehr Journalisten und Journalistinnen von auwarts für das örtliche Geschehen. Da diese über die betreffende Kommune, ihre Besonderheiten und Konfliktlagen wenig wissen, muss umso mehr erklärt, nachgereicht, richtig gestellt werden. Auch die Öffentlichkeit hat sich globalisiert, dem kann sich keine Stadt oder Gemeinde entziehen.

Dr. Bernd Jürgen Schneider
Hauptgeschäftsführer StGB NRW

Erlebnisregion Nationalpark Eifel

Der Freizeitführer rund um den Nationalpark, hrsg. v. Monschau-, Roetgen-, Rursee-Touristik e. V., Rureifel-Tourismus Zentrale und Touristik Schleidener Tal e. V., Format C 5, 65 S., kostenlos in den meisten Tourismusbüros der Region erhältlich



Majestätische Buchenwälder, knorrige Eichenwälder, ursprüngliche Bachtäler und schroffe Felsen prägen die Landschaft des Nationalparks Eifel, der Anfang 2004 als erster Nationalpark in NRW und zugleich 14. Nationalpark in Deutschland eröffnet wurde. Das Areal erstreckt sich zwischen der Stadt Nideggen im Nordosten und Belgien im Südwesten und umfasst die südlichen Teile der Kreise Aachen und Düren sowie den westlichen Teil des Kreises Euskirchen. Pünktlich zur Eröffnung des Nationalparks Eifel ist der Freizeitführer „Erlebnisregion Nationalpark Eifel“ erschienen. Er enthält neben einem großen Sonderteil zum ersten Nationalpark in NRW vor allem Tipps für Familienausflüge. Museen, Burgen, stillgelegte Bergwerke oder Talsperren werden vorgestellt sowie Führungen oder Erlebnis-Wandertouren angeboten.

Gemeindeverzeichnis

Anschriften, Schlüsselnummern, Eckdaten für alle Gemeinden Deutschlands, CD-ROM, hrsg. v.d. Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, Stand 31.12.2001, Bestell.-Nr. Z 158 200151, ISBN 3-8246-0681-X, 98 Euro zzgl. Versandkosten, zu best. bei der Vertriebsabteilung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf

Das Gemeindeverzeichnis ist eine von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank auf CD-ROM. Es enthält für jede der knapp 14.000 politisch selbstständigen Gemeinden Deutschlands eine Fülle von Informationen - angefangen von der Anschrift über Einwohnerzahl und Fläche bis hin zu allen relevanten Schlüsselnummern. Die Daten sind über definierte Standard-Abfragen einfach und schnell abzurufen. Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch in Excel-, Lotus- und HTML-Format ausgegeben sowie weiter verarbeitet werden. Die CD-ROM enthält eine Microsoft-Access-Datenbank unter MS Office 97 mit der zum Betrieb erforderlichen Software, ein Microsoft-Access-Runtime-Modul für Nutzer, die nicht über MS Access verfügen sowie einen Powerpoint-Viewer.

INHALT

58. Jahrgang
Mai 2004

NEUE BÜCHER UND MEDIEN	4
NACHRICHTEN	5

THEMA MEDIEN

LISA BAUCKHORN Der Einfluss der online-Medien auf die kommunale Öffentlichkeitsarbeit	6
--	---

HEINRICH BÖCKELÜHR, CARSTEN MORGENTHAL Der „Medienbürgermeister“ und sein professioneller Helfer	8
---	---

DOROTHEE HEITZ Das Bildarchiv in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit	10
--	----

CLAUDIA FREYTAG Kommunen als Drehort für Film- und Fernsehproduktionen	12
---	----

15 Jahre privater Lokalfunk in NRW - Interview mit dem Leiter der NRW-Landesanstalt für Medien	14
--	----

Amtsblätter zwischen Nutzwert und Identitätsstiftung - das Beispiel Bergneustadt	15
--	----

JÖRG BECKER, LARS ALGERMISSEN, BJÖRN NIEHAVES Kommunale Internet-Präsentationen in Westfalen - eine Studie der Universität Münster	18
---	----

JOSEF THESING Lokaljournalisten und Kommunen - ein Verhältnis „kritischer Kooperation“?	21
--	----

Anker für die Stadtkultur: Fünf Jahre Preußenmuseum Wesel	23
---	----

MATTHIAS MENZEL Änderungen bei der Sportstätten-Förderung in NRW	25
---	----

MICHAEL SCHACHT Das neue digitale terrestrische Fernsehen	27
--	----

IT-NEWS	28
GERICHT IN KÜRZE	29

Titelbild: Entwurf M. Lehrer, Fotos Stadt Schwerte, Stadt Coesfeld, StGB NRW

Moderate Kürzungen für Landestheater Castrop-Rauxel

Das Westfälische Landestheater Castrop-Rauxel ist gerettet. Das Land NRW kürzt seine Förderung in diesem Jahr zwar um zehn Prozent und 2005 um weitere fünf Prozent, allerdings nicht - wie zunächst geplant - um bis zu 40 Prozent. Nach Angaben von Intendant Sebastian Heindricks ist die Existenz des Landestheaters damit gesichert. Für den Erhalt der Spielstätte waren unter anderem 14.000 Unterschriften gesammelt und an NRW-Kulturminister Michael Vesper überreicht worden.

Grünes Licht für Biomasse-Heizkraftwerk

Das geplante Biomasse-Heizkraftwerk in **Bergkamen** kann gebaut werden. In einem Bescheid an den Betreiber, die Harpen AG in Dortmund, teilte die Bezirksregierung Arnsberg nun mit, dass die eingebrachten Widersprüche gegen die im Dezember 2003 erteilte Baugenehmigung unbegründet sind, da die Bedenken bereits im Genehmigungsverfahren berücksichtigt worden seien. Durch den Bau der Anlage befürchten Anwohner schädliche Emissionen und zunehmenden Lkw-Verkehr.

734 Millionen Euro für Krankenhäuser in NRW

Im Rahmen seines Krankenhaus-Investitionsprogramms 2004 stellt das Land NRW insgesamt 734 Mio. Euro bereit. Ausgezahlt werden in diesem Jahr 479,8 Mio. Euro. Mit 168,6 Mio. Euro werden Baumaßnahmen weiterfinanziert, die bereits vor 2004 begonnen wurden. Zudem zahlt das Land pauschale Fördermittel in Höhe von 311,2 Mio. Euro, aus denen die Krankenhäuser eigenverantwortlich medizinische Geräte wie Computer- oder Kernspintomographen, aber auch Mikroskope oder Krankbetten beschaffen können. Von den restlichen 255 Mio. Euro sollen 53 neue Bauvorhaben finanziert werden, die zwar noch 2004 bewilligt, aber erst in späteren Jahren realisiert werden. Für eventuelle Mehrkosten stehen zudem 25,85 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen der Krankenhausinvestitionsumlage müssen die Kommunen seit 2003 ein Fünftel der Kosten für Neubau oder Umbau von Krankenhäusern selbst beisteuern.

Bürgerentscheid zu Stadtwerke-Verkauf

Ob die Stadt **Ahlen** Anteile an ihrer Gas- und Wasserversorgungsgesellschaft verkaufen kann, wird wohl demnächst durch einen Bürgerentscheid geklärt. Diesen hat das Oberverwaltungsgericht Münster für zulässig erklärt. Als potenzieller Käufer stehen die Stadtwerke Bielefeld bereit, welche die Stadtwerke Düsseldorf im Bieter-Wettbewerb ausgestochen hatten.

NRW-Datenschutzbeauftragte wiedergewählt

Bettina Sokol bleibt für weitere acht Jahre Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit in Nordrhein-Westfalen. Der NRW-Landtag wählte die gebürtige Bremerin auf Vorschlag der NRW-Landesregierung für eine zweite Amtsperiode. Bettina Sokol, die 1996 die Nachfolge von Hans Maier-Bode antrat, war zunächst Verwaltungsrichterin in Bremen und anschließend wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gewesen.

Weiter Streit um Braunkohle-Tagebau Garzweiler II

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat ein beim Öko-Institut Freiburg in Auftrag gegebenes Gutachten zum Braunkohle-Tagebau Garzweiler II vorgelegt. Danach sei wegen der massiven Veränderungen auf dem Strommarkt durch die Liberalisierung und den Emissionshandel eine Neubewertung von Garzweiler II dringend erforderlich. Der Betreiber RWE Power könne - so der BUND - die Notwendigkeit des neuen Tagebaus zur Sicherung der Energieversorgung nicht belegen. Hintergrund ist die im Januar 2003 von der RWE Power AG bei der Bezirksregierung Arnsberg beantragte Zwangsenteignung des BUND, der im geplanten Abbaufeld bei Jüchen-Otzenrath eine Obstwiese besitzt. Das Grundstück soll nach der Planung der Bergbau-Betreiber 2007 abgebagert werden.

Stadterneuerung mit 177 Millionen Euro

Das Land NRW stellt in diesem Jahr 177 Mio. Euro für Städtebau-Maßnahmen bereit - neun Mio. Euro mehr als 2003. Damit werden insgesamt 306 Projekte gefördert, darunter 74 neue. Das Städtebau-Förderprogramm konzentriert sich dabei auf die Stärkung der Innenstädte, das Integrationsprogramm „Soziale Stadt“, die Reaktivierung von Brachen sowie die REGIONALE und den Strukturwandel im Ruhrgebiet.

Niederrheinische Verkehrsbetriebe mit privatem Kapital

Die Niederrheinischen Verkehrsbetriebe (NiAG) werden teilprivatisiert. Der Kreis Wesel soll nach Beschluss des Kreistages 51 Prozent seiner Anteile an ein privates Unternehmen verkaufen. Der Käufer verpflichtet sich, die Arbeitsplätze bei der NIAG und ihrer Tochtergesellschaft zu erhalten. Bisher hält der Kreis Wesel 94 Prozent der Anteile an den Verkehrsbetrieben. Durch die Teilprivatisierung verspricht sich der Kreis bis zum Jahr 2011 Einsparungen in Höhe von 42,5 Mio. Euro.

Einzelkämpfer - digital und hochgerüstet

Der Siegeszug von PC und Internet hat die kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit umgekrempelt - mit einem Zugewinn an Schnelligkeit, aber Einbußen an Qualität

Online-Medien haben die klassische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verändert. Wer vor 15 Jahren noch mit Schreibmaschine, Fax und Botendienst gearbeitet hat, denkt vielleicht heute an die geruhsamen Zeiten zurück, als man seine lokalen Journalisten noch alle beim Namen nennen konnte und der Pressespiegel eine Ausschnittsammlung lokaler bis kreisweiter Zeitungsartikel war.

DIE AUTORIN

Lisa Bauckhorn ist Pressesprecherin der Stadt Dorsten

Heute ist Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine multimediale Angelegenheit. Das beginnt bei der Ausstattung. Block und Kuli, Schreibmaschine und ein schlichtes Telefon haben weitgehend ausgedient. Den Tischkalender sucht man vergebens, der Pressesprecher der Neuzeit ist digital hochgerüstet. Die Grundausstattung besteht aus PC, Drucker, Digitaler Kamera, Scanner und Internet-Anschluss. Der Kalender wird automatisch im Rechner geführt, elektronische Notizen und klingelnde Erinnerungen haben Block und Stift beinahe völlig abgelöst.

Die Welt der unbegrenzten Informationen macht nicht vor der Recherche halt. Sie schafft neue Zielgruppen und neue Kontakte auf dem weiten Feld der Information. Der örtliche Journalist wird zu einem unter vielen, die über

Überregional interessant: Das Sterne-Restaurant „Goldener Anker“ in Dorsten findet sich in einschlägigen Gourmet-Führern

Globales Dorf: Die Welt der unbegrenzten Informationen macht auch vor der Altstadt von Dorsten nicht halt



den Alltag hinweg um Nachrichten und Statements fragen. Anonyme Stimmen bisher unbekannter Medien nehmen zu - schnelle Fragen werden gestellt, schnelle Antworten sind gefragt. Alles im Fluss? Mag sein. Die tägliche Informationsarbeit der Pressestelle muss zunehmend darauf achten, dass nicht alles „den Bach“ runter geht.

SUCHMASCHINEN RECHERCHESTAR

Wo früher das hektische Suchen in alten Zeitungen, der Gang ins Hausarchiv, das Blättern in Fachbüchern und Lexika jede gute Recherche ausmachte, steht heute das World Wide Web auf dem Schreibtisch. Das eigene Gedächtnis und das der Kollegen haben ausgedient. So unberechenbar die selektive Erinnerung auch gewesen sein mag: Sie diente der Kommunikation, holte wirklich Wichtiges wieder an die Oberfläche und gab Anlass zu Kommentaren.

Google und Yahoo sind heute die Recherchestars. Wohl dem, der einige Fremdsprachen wenigstens so weit beherrscht, dass Namen, Geschäftsleute, Investorentams, Projekte und andere wichtige Informationen auch in spanisch und portugiesisch aus dem modernen Informationswust gefischt werden können.

Suchmaschinen sind eine echte Hilfe. Das Netz weist den Weg auf Homepages, es gibt Ansprechpartner, Telefonnummern und e-Mail-Adressen preis. Auf diese Weise ist einfacher als früher herauszufinden, ob ein angegeblicher Journalist auch ein wirklicher ist, ob in der Region bestimmte Projekte bereits existieren oder die eigene Stadt Vorreiter in der Umsetzung bestimmter Events sein könnte. Der Wunsch, mehr zu wissen, als man wirklich

zu einer Entscheidung benötigt, ist erkennbar - mit wachsender Tendenz.

Die Presseanfrage war noch bis vor zehn Jahren ein Zwiegespräch zwischen Bekannten, beinahe Freunden. Am einen Ende der Leitung saß der Sprecher der Stadtverwaltung, am anderen Ende ein Journalist aus der Stadt, manchmal aus dem Kreis. Der Journalist kannte sich aus, war im Bilde und fragte vor dem Hintergrund umfassenden Wissens nach einem Sachverhalt. Das Fernsehen war weit weg und kam selten vor. Um Informationen beim WDR zu platzieren, war es günstig, mindestens für jedes gängige Thema einen Redakteur beim Sender zu kennen.

Um eine angenehme Atmosphäre zu erhalten und die Kontakte zwischen Vertretern der Kommune und Journalisten auf eine vertrauensvolle Basis zu stellen, gab es außerdem gehaltvolle Abendveranstaltungen mit Buffet, Wein und Bier, persönliche Gespräche am Rande gemeinsamer Kegelabende, eben Small-Talk.

SENDEFERTIGE OBERFLÄCHLICHKEITEN

Diese Zeiten sind aus und vorbei. Die Zahl derer, die um Informationen ersuchen oder diese regelmäßig erwarten, hat sich vervielfacht. Die Entfernung zwischen Journalisten und Stadt - geografisch wie auch inhaltlich - hat sich vergrößert, der lokale Bezug fehlt zunehmend. Die alte Lokalredaktion ist sich treu geblieben - Gott sei Dank. Die „Neuen“ wollen selektierte Nahrung zu bestimmten Themen, Informationshäppchen sendefertig aufbereitet. Das kritische Hinterfragen unterbleibt vielfach. Fast Food aus der Pressestelle? Der



Wust an Information führt wohl zur Verwässerung und Oberflächlichkeit der Inhalte.

Das Medium Internet hat die Zahl der Journalisten, die am Geschick einer Stadt Interesse zeigen, vergrößert. Waren es in Dorsten zu besten Zeiten 15 bis 20 Vertreter der schreibenden Zunft aus lokalen Redaktionen, hat sich das Spektrum erweitert. Zu den Zeitungen vor Ort, der Kreisredaktion und gelegentlichen WDR-Kontakten hat sich eine breite Basis freischaffender Einzelkämpfer gesellt.

Inzwischen beliefert die Pressestelle Dorsten zwei lokale Zeitungen, ein lokales Radio, eine lokale Vierteljahres-Zeitschrift, zwei Wochenblätter, drei WDR-Redaktionen und drei freie Journalisten, die wechselweise für den WDR und diverse private Fernsehsender arbeiten.

Natürlich wird per e-Mail geliefert. Alle Meldungen sind ohnehin im PC, Sitzungsunterlagen liegen in Internet und Intranet vor. Vielleicht ist Dorsten eine Ausnahme - doch Gestaltung und Redaktion der Homepage „www.dorsten.de“ gehören ebenfalls zur Pressestelle. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit drei Kollegen aus anderen Ämtern für die Umsetzung des Layouts und der Technik. Alles, was wichtig oder erzählenswert erscheint, wird textlich ein wenig umgestaltet und ins eigene Netz gestellt - quasi als Nebenprodukt des Tagesgeschäfts.

Zusätzlich gehen diese Infos via Verteiler an örtliche private Homepage-Anbieter. Und an diejenigen, die sich auf Teilinformationen spezialisiert haben und regelmäßig umfangreiche Veranstaltungskalender erwarten, die sie ins eigene Netz einstellen oder im Netz weiterverteilen. Überflüssig zu sagen, dass derselbe Veranstaltungskalender auch auf der städtischen Homepage läuft.

PRESSESPIEGEL UNVOLLSTÄNDIG

Der Pressespiegel ist ein Relikt vergangener Zeiten. Wir brauchen ihn. Aber was vor 15 Jahren ein Muss war und eine lückenlose Sammlung der täglichen Berichterstattung darstellte, ist heute nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was berichtet wird. Angelockt durch die leichte Zugänglichkeit der Information werden Texte aus dem Internet mit und ohne Nachfrage abgedruckt sowie in fernen und unbekannt Blättern oder Homepages veröffentlicht.

Nicht ungewollt natürlich. Service-Einrichtungen, die eine besonders breite Streuung von Informationen versprechen, sorgen dafür. Die Pressestelle der Stadt Dorsten beispie-



Die Fassade täuscht: Im Alten Rathaus der Stadt Dorsten geht es heute multimedial zu

weise hat sich diesen Dienst bei www.presse-service.de gemietet. So kommt es, dass die Stadt Dorsten, gelegen zwischen Ruhrgebiet und Münsterland, unerwartet im tiefsten Rheinland, in Schwaben oder in Mecklenburg-Vorpommern Schlagzeilen macht, nur weil die Lippe ein wenig über die Ufer getreten ist oder die örtliche Vergnügungssteuer ein Einnahmeplus verzeichnet.

Selbstverständlich ist es nicht ohne große Kraftanstrengung möglich, diese Informationsstreuung zu verfolgen. Noch ist es möglich, das Internet Tag für Tag nach Belegen für die rege Berichterstattung abzusuchen. Denn die Faktoren Personal und Zeit haben einen neuen Stellenwert bekommen.

ANGEKLIKT UND WEGGESCHICKT

Der Pressesprecher war immer ein Allroundgenie - will man den Stellenausschreibungen glauben. Umgeben von Sekretariat oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde auf herkömmliche Weise geschrieben, gesammelt, nachgeschlagen und informiert. Boten fuhren das tägliche Informationsmaterial in die örtlichen Redaktionen. Es gab sogar Redaktionsboten, die holten mehrfach am Tag das Neueste aus der Pressestelle ab.

Heute gibt es Technik. Statt einer Sekretärin begrüßt einen heute der PC mit Internet-Anschluss. Der kann alles alleine: schreiben, Korrektur le-

sen, kuvertieren und versenden. Weil der PC noch nicht selbstständig telefonieren kann, muss dies der Pressesprecher selbst tun. Ein vollautomatisches Telefon mit allerlei Sonderfunktionen hilft dabei. Sachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sterben aus. Das „bisschen Büro-Arbeit“ lässt sich auch nebenbei erledigen.

Auch die Boten der Redaktionen sind ausgestorben. Diejenigen, welche von der Pressestelle der Stadt Dorsten die Post zur Redaktion beförderten, haben andere Aufgabenfelder erhalten. Sie sind nur bedingt einsetzbar für den profanen Postdienst. Die e-Mail-Box auf dem Schreibtisch erfüllt schnell und sicher ihren Auftrag: angeklickt und weggeschickt. Sekunden später ist die Mail in der Redaktion, auf dem Schreibtisch des Redakteurs oder bei irgendeinem Webmaster. Mit allen Details und - wenn gewünscht - auch mit Foto.

Fast selbstverständlich, dass im Zeitalter der digitalen Technik auch das Foto einen neuen Stellenwert erhält. Denn es geht digital viel schneller und ist billig. Darum schießt der Pressesprecher auch noch schnell ein paar Bilder, damit der Zeitungsfotograf nicht rauskommen muss (beizeiten wird er sich so noch um seinen Job bringen). Und damit die Agenturen, die Werbeseiten für Firmen und Unternehmen erstellen, in denen die Stadt als Etappe vorkommt, sich nicht dem Stress aussetzen, die Örtlichkeit, über die sie schreiben, selbst besuchen zu müssen.

EIERLEGENDE WOLLMILCHSAU

Das „Allroundgenie“ Pressesprecher macht Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für eine Stadt - oder für ein Unternehmen. Für

Saßen vor 15 Jahren noch vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pressestelle der Stadt Dorsten, so ist es heute noch eine

AUFGABEN UND PERSONAL-AUSSSTATTUNG DER PRESSESTELLE DORSTEN			
	vor 1990	bis 2000	2004
Mitarbeiter	4	2,5	1
	Pressesprecher Sachbearbeiter Zuarbeit Sachbearbeiter Veranstaltungen Sachbearbeiter Reden	Pressesprecherin Sachbearbeiter Zuarbeit 1/2 Sachbearbeiter Termine	Pressesprecher
Aufgaben	Pressedienst Recherche Reden Stadtfest Messepräsenz	Pressedienst Recherche Reden Werbebroschüren Messen Terminkalender Internet Bürger- und Gästeberatung	Pressedienst Recherche Reden Werbetexte Corporate Identity Internet

diesen Job muss man lesen und schreiben können. Günstig wäre es, gut lesen sowie besonders gut, schnell und treffsicher formulieren zu können. Mit Beginn der digitalen Neuzeit empfahl es sich bereits vor rund 15 Jahren, außerdem gute Anwenderkenntnisse am PC zu haben: in Schreibprogrammen, digitaler Fotografie und Fotobearbeitung und den DTP-Gestaltungsprogrammen - weil Öffentlichkeitsarbeit in aller Regel bis in die Druckvorlage hineinreicht. Neuerdings sind fundamentale Kenntnisse rund ums Internet bis hin zur HTML-Codes ein weiteres Muss.

Ausgerüstet mit dem erforderlichen Basiswissen und all den erforderlichen Zusatzkenntnissen ist der Pressesprecher der Gegenwart ein geradezu digitaler Einzelkämpfer. Seine Klientel wird telefonisch oder per e-Mail bedient. Die andere Seite ist nur noch bedingt journalistisch vorgeprägt. Will sagen, ein moderner Berichterstatter ist nicht unbedingt ein Journalist.

Das klingt hart. Auch die Presse ist bei dieser Flut von Infos manchmal hilflos. Dennoch lehrt die Erfahrung, dass lange nicht mehr jeder, der anfragt, auch hinterfragt oder selbst formuliert. Heutzutage wird viel abgeschrieben, unkommentiert aus der Datei ausgeschnitten und in eine andere Datei einkopiert, auch anonym aus den Veröffentlichungen im Internet. Das geht schnell. Das ist sicher praktisch. Und mag - in der Welt der kleinen Veranstaltungen und Ankündigungen - sicher auch o.k. sein.

Die Welt der klassischen Berichterstattung scheint um eine Nuance an Qualität ärmer zu sein. Die Welt der Werbebroschüren und Informationsschriften aber auch. Wo bleibt die Sicht eines erfahrenen Fotografen, die Fähigkeit, eine Sache nicht nur mit Worten zu schildern und mit anderen Augen zu sehen? Es ist keineswegs eine Genugtuung, die eigenen Formulierungen und Fotos vielfach in fremden Publikationen wiederzufinden.

Tausendmal kopiert und abgeschrieben - das ist ein Resultat der schönen, neuen Medienwelt. Vielfach ohne die Schattierung persönlicher Sichtweise, ohne die Vielfalt der kreativen Gestaltung in Bild und Sprache, vielfach ohne Kritik. Informationen, hergestellt unter der Maßgabe höchster Geschwindigkeit. Was dem geschriebenen Wort und den Inhalten dann auch nicht immer gerecht wird. ●

Das neue Berufsbild „Medienbürgermeister“



◀ *Verwaltungschef Heinrich Böckelühr in Schwerte steht regelmäßig Medienvertretern Rede und Antwort*

Fotos: Stadt Schwerte

Auch vom Verwaltungschef einer Kommune wird heute Offenheit gegenüber den Medien erwartet - und die schafft er am besten mit professioneller Öffentlichkeitsarbeit

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mitunter mit einer Bezeichnung zu kämpfen, die einen leicht abwertenden Beigeschmack in sich trägt: „Medienkanzler“. Für das politische Pendant mit Richtlinien-Kompetenz auf lokaler Ebene kursiert die Bezeichnung „Medienbürgermeister“. Ob „Medienkanzler“ oder „Medienbürgermeister“: Was diese Begriffe tatsächlich ausdrücken, ist Offenheit gegenüber denjenigen, die berichten.

Das sollte Bürgerinnen und Bürger sowie Journalisten nicht befremden, sondern vielmehr erfreuen. Schließlich ist Öffentlichkeitsarbeit nicht nur verfassungsrechtlich zulässig, sondern auch notwendig. Und Kommunen sind verpflichtet, zum Zweck sachbezogener Information ihren Einwohnern gegenüber Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund kann die Bezeichnung „Medienbürgermeister“ - einer, der es versteht, auf der Klaviatur der Medien zu spielen oder durch professionelle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen spielen zu lassen -, auch als Auszeichnung ver-

standen werden. Landesweit ist nach Abschaffung der kommunalen Doppelspitze zu beobachten, dass städtische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit immer häufiger auf den Hauptverwaltungsbeamten zugeschnitten ist.

DARSTELLUNG VON ERFOLGEN

Was bei großen Unternehmen oder Ministerien kaum jemand kritisieren würde - öffentliche Darstellung von Erfolgen als Verdienst der Unternehmensleitung oder Behördenführung - gilt zumindest im kommunalpolitischen Bereich noch als anrüchig. Das ist vor allem dann der Fall, wenn professionelle Journalisten auch in kleineren Städten das Rathaus „mit einer Stimme“ sprechen lassen und so für ein reibungsloses Miteinander zwischen örtlichen Journalisten und Rathaus sorgen.

Dabei entlastet dieses Modell beide Seiten. Die immer stärker von Personalabbau und Konkurrenzdruck betroffenen Redaktionen können auf professionelle Texte zurückgreifen und finden im Rathaus einen Ansprechpartner, der dieselbe Sprache spricht. Leitende Verwaltungsmitarbeiter, die Pressearbeit oft als zusätzliche

DIE AUTOREN

Heinrich Böckelühr ist Bürgermeister der Stadt Schwerte, **Carsten Morgenthal** ist dort Pressesprecher

Arbeitsbelastung und bestenfalls als notwendiges Übel begreifen, können sich vollständig auf die Aufgaben konzentrieren, für die sie ausgebildet sind, und müssen sich nicht mit dem Verfassen von Pressemitteilungen abgeben.

Doch wird es noch einige Zeit dauern, bis professionelle Öffentlichkeitsarbeit in Kommunen einer bestimmten Größenordnung zur Selbstverständlichkeit gehört. Demgegenüber ist davon auszugehen, dass durch die zunehmende Bedeutung von Kommunikation die Zahl der Pressesprecherinnen oder Pressesprecher sowie der Kommunikations-Beauftragten auch auf kommunaler Ebene steigen wird.

NEID-KOMPLEX

Ogleich das Landesbeamtengesetz NRW regelt, dass Auskünfte an die Medien nur durch den Behördenleiter oder durch den „von ihm bestimmten Beamten“ erteilt werden, wird beispielsweise zur Neutralität verpflichteten Pressesprechern und Pressesprecherinnen bereits vor deren Amtsantritt vom politischen Gegner, gleich welcher Couleur, unterstellt, sie seien „steuerfinanzierte Wahlkampf helfer des Bürgermeisters“. Oder auch unter Bürgermeister-Kollegen und im eigenen Lager wird nicht selten neidvoll auf die häufigere Präsenz in Presse, Funk und Fernsehen geschaut und dies als „Eitelkeit“ oder gar „Mediensucht“ des Amtskollegen abgetan.

Klar ist: Es geht auch um das eigene Bild des Bürgermeisters in der Öffentlichkeit und die Steigerung des Bekanntheitsgrades. Dennoch ist keine Redaktion gezwungen, das Bild eines Bürgermeisters abzudrucken oder einen Presstext aus der Rathaus-Pressestelle so zu verwenden, wie er angeliefert wird. Plumpes Eigenlob oder blanke Selbstpräsentation sind nicht einmal den Versuch wert. Journalisten erkennen das sofort, und die Pressemitteilung wird bis zur Unkenntlichkeit gekürzt oder erscheint überhaupt nicht.

Zweck der kommunalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist die Darstellung der Arbeit der öffentlichen Verwaltung. Diese ist trotz Finanzkrise und viel zitiertem „Reformstau“ nicht so schlecht, wie sie aufgrund unprofessioneller Darstellung in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung oftmals erscheint. „Tue Gutes und rede darüber“: Was sollte daran

schlecht sein, noch dazu, wenn die öffentliche Verwaltung dazu „von Verfassungen wegen“ verpflichtet ist?

REGELMÄSSIGE TV-PRÄSENZ

Wie das funktioniert, wird in der Stadt Schwerte seit rund vier Jahren praktiziert - offenbar mit Erfolg. Hinter vorgehaltener Hand wird schon einmal in Nachbarstädten und Kreisen gerätselt, welche guten Verbindungen die Pressestelle im Schwertener Rathaus zum Fernsehen hat. Nicht nur dort fällt auf, dass die Stadt Schwerte zu Spitzenzeiten einmal pro Woche im regionalen TV-Fenster auftaucht. Persönliche Beziehungen helfen hier - wie auch bei anderen Medien - in den seltensten Fällen weiter. Angesichts von Schichtbetrieb und einer Vielzahl von freien Mitarbeitern haben es Pressestellen in der Regel beim Fernsehen mit ständig wechselnden Ansprechpartnern zu tun.

Es kommt schlicht und einfach auf den Nachrichtenwert einer Mitteilung an, deren Inhalt publiziert werden soll. Je einfacher und verständlicher - am besten bereits in der Überschrift - mitgeteilt wird, was eigentlich gesagt werden soll, desto größer sind die Chancen, dass bestimmte Themen auch publiziert werden. Das gilt für alle Medien.

Was im Verwaltungsdeutsch umständlich „Übertragung der Aufgaben der Straßenunterhaltung an ein städtisches Tochterunternehmen“ heißt, findet sich rasch auch als Agentur-Meldung wieder, wenn es lautet: „Stadt schafft Tiefbauamt ab“. Eine Versteigerung von ausrangiertem Kantinen-Inventar erzeugte in Schwerte überregionalen Medienauftrieb, weil die Ankündigung nicht nur einen Bogen zur maroden Haushaltssituation schlug, sondern getitelt wurde: „Stadt hat nicht mehr alle Tassen im Schrank“.

Nicht zuletzt fand sich die Meldung, dass an Rosenmontag bei der Stadt Schwerte keine Dienstbefreiung mehr gewährt wird, weil Schwerte „nicht die Hochburg westfälischen Frohsinns ist“, in der überörtlichen Boulevard-Presse wieder. Auch dass der Kämmerer beim Internet-Chat kaum Fragen zu beantworten hatte, nachdem im Übrigen der Bürgermeister wenige Wochen zuvor im Chatroom rege „besucht“ worden war, ergab später eine überregional publizierte Pressemitteilung. So können auch Negativ-

Meldungen zu einem publizistischen Achtungserfolg beitragen.

Agieren statt reagieren, sich täglich in Erinnerung bringen und in den nachrichtenarmen Ferienmonaten oder über Weihnachten den örtlichen Redaktionen mit vorproduzierten, mehrteiligen Artikel-Serien aus dem Rathaus über die „Sau-re-Gurken-Zeit“ helfen: All dies fördert das kollegiale Miteinander zwischen Pressestelle und Journalistinnen und Journalisten. Oder um es mit einem Zitat zu sagen, das dem ehemaligen US-Verteidigungsminister William Perry zugeschrieben wird: „Journalisten sind wie Krokodile. Man muss sie nicht lieben, aber man muss sie füttern.“

AKTIV ZULIEFERN

Freilich muss das Futter schmecken und gut zu verdauen sein. In der schnelllebigen Medien-Welt ist es wichtig, dass Inhalte auf den Punkt gebracht werden. Nur so wird in den Redaktionsstuben Aufmerksamkeit erzeugt. Dabei liegt es auf der Hand, dass in dem einen oder anderen Fall eine holzschnittartige Darstellung hingenommen werden muss. Wer darin eine „Boulevardisierung“ der kommunalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sieht, verkennt, dass jede städtische Pressemitteilung erst noch den Filter der Nachrichtenauswahl und Bearbeitung durch die Redaktion durchlaufen muss. Nicht die Pressesprecherin oder der Pressesprecher bestimmt - von eigenen Publikationen oder der städtischen Homepage abgesehen -, was letztlich publiziert wird, sondern die Redaktionen.

Was für Presstexte aus dem Rathaus gilt, trifft auch auf Fotos zu. Nichts mögen *Plastische Bilder: Durch Schließung der Rathaus-tür und Zurschaustellen einer Uhr, die „fünf vor zwölf“ anzeigt, machte die Schwertener Verwaltungsspitze im vergangenen Jahr auf die kommunale Finanzmisere aufmerksam*



professionelle Fotografen in den Redaktionen weniger als Motive mit Verwaltungsmenschen in grauen Anzügen an langen Tischen. Hier ist die Pressesprecherin oder der Pressesprecher als kreativer Motivsucher gefragt. So bietet es sich an, bei der Pressekonferenz mit dem neuen Kämmerer einen überdimensionierten, aus einer Grundschule ausgeliehenen Abakus als Bildschmuck zu präsentieren. Bei der Vorstellung des neuen Haushaltsplan-Entwurfs darf dann auch schon einmal eine alte Küchenwaage für das mehrere Kilogramm schwere Zahlenwerk als Motiv herhalten.

BILDER MIT SUGGESTIVKRAFT

Wenn - wie im vergangenen Jahr geschehen - bei der bundesweiten Protestaktion des Deutschen Städte- und Gemeindebundes „Rettet die Kommunen!“ durch die Verwaltungsspitze darauf aufmerksam gemacht wird, dass es „fünf vor zwölf“ sei, ist der große Zeitmesser aus einer Turnhalle mit der entsprechenden Uhrzeit auf dem Foto unentbehrlich. Auf diese Weise können auch vermeintlich trockene Themen aus dem Rathaus mit anschaulichem Bildmaterial präsentiert werden.

Es ist aber nicht allein die richtige Auswahl und Zuspitzung von Inhalten auf ihren nachrichtlichen Kern, welche eine erfolgreiche Pressearbeit - soweit sie sich in einer hohen Abdruckquote widerspiegelt - ausmacht. Journalistische Grundkenntnisse beim Formulieren von Texten, Kenntnis der Abläufe in Redaktionen und ein Verständnis für die Belange von Journalistinnen und Journalisten sowie ein kollegiales Verhältnis zu diesen sind mindestens genauso wichtig.

Die „zwei Herzen“, die bei einem Bürgermeister oder einer Bürgermeisterin in der Brust schlagen, gibt es auch bei der professionell ausgebildeten Pressesprecherin oder dem Pressesprecher. Beim Verwaltungschef ist es die Doppelfunktion als Politiker und Behördenleiter, die manches Mal auch die eigene Darstellung in der Öffentlichkeit zur Gratwanderung macht. In der professionellen Pressestelle widerstreiten journalistische Tugenden und Loyalität zum Dienstherrn. Der Medienbürgermeister und professionelle Öffentlichkeitsarbeit: eine Kombination, die für Journalisten wie auch für Bürgerinnen und Bürger nur ein Gewinn sein kann. ●

Hingucker zählen mehr denn je

*Zugewinn fürs Bildarchiv:
Aufnahmen von besonderen
Ereignissen wie der
Ballverteilung in Coesfeld
tragen ein positives Image
nach außen*



Fotos: Stadt Coesfeld

Ein gut bestücktes Bildarchiv - am besten digital - gewinnt zunehmend an Bedeutung in der kommunalen Medienarbeit

„Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte“ - Dieser journalistische Grundsatz gilt auch für kommunale Pressestellen. Das Stadtlogo oder -wappen, Aufnahmen des Bürgermeisters oder von Sehenswürdigkeiten und Wahrzeichen der Stadt sind gefragt - von örtlichen und regionalen Redaktionen ebenso wie von Telefonbuchverlagen, Unternehmen, Vereinen oder Privatpersonen, die Publikationen herausbringen. Auch für jede kommunale Broschüre ist aussagekräftiges Bildmaterial unerlässlich. Schließlich ist jede Veröffentlichung, in der mit Fotos und Texten auf die Stadt hingewiesen wird, ein Beitrag zu einem positiven Stadtimage - und sollte gefördert werden.

Mussten bis vor einigen Jahren noch aufwändig Dias und Abzüge von analogen Fotoapparaten archiviert, Versand und Herausgabe sorgfältig nachgehalten werden, wird heute Bildmaterial nahezu ausschließlich über den PC verwaltet. Das erspart Arbeitszeit und Kosten. Bildanfragen können schnell per e-Mail bearbeitet werden und es ist keine Rückgabe erforderlich.

Dadurch erleichtert sich der Einsatz von Fotos und weitet sich aus. Bildmaterial kann zusammen mit Pressemitteilungen über jedes gängige Mail-Programm versandt werden, findet sich im kommunalen Internet-Auftritt wieder, wird von den Fachbereichen im Hause - etwa der Tourismusabteilung -, von Fachzeitschriften oder auch von Unternehmen abgefragt.

DIE AUTORIN

Dorothee Heitz ist Pressesprecherin der Stadt Coesfeld

„Westfalen - Blatt“ vom 27/28.03.2004

PRESESTIMMEN

NRW-Gemeinden immer ärmer

Düsseldorf (dpa). Immer weniger Gemeinden in Nordrhein-Westfalen gelingt es, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Zahl der Kommunen mit einem so genannten Haushaltssicherungskonzept werde in diesem Jahr auf 139 steigen, berichtete am Freitag der Städte- und Gemeindebund in Düsseldorf. 54 von ihnen stünden sogar unter Finanzaufsicht der Be-

zirksregierungen.

»Von kommunaler Selbstverwaltung kann nicht mehr die Rede sein«, sagte der Präsident des Städtebundes, Bergkamens Bürgermeister Roland Schäfer. In den Kassen der kreisangehörigen Kommunen klappte laut einer Umfrage unter 346 Städten und Gemeinden Ende vergangenen Jahres ein Loch von 1,2 Milliarden Euro.

OHNE FINANZREFORM KEIN AUSWEG AUS DER GEMEINDEFINANZKRISE!

Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Finanzlage der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2003 verzeichnen die Gemeinden einen Einnahmerückgang um minus 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Steuereinnahmen der Gemeinden gingen im Vergleich zu Bund und Ländern sogar am stärksten zurück, nämlich um 1,5 Prozent auf 46,8 Milliarden Euro. Dies trifft die Gemeinden erneut hart, nachdem sie seit dem Jahr 2000 jedes Jahr erhebliche Einnahmeverluste hinnehmen mussten. Gleichzeitig waren sie Jahr für Jahr gezwungen, mehr Geld für die Erfüllung der Pflichtausgaben auszugeben. „Der Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen und ein erneuter Investitionsrückgang zeigen, dass nun selbst elementare Investitionen nicht mehr finanziert werden können. Nur eine grundlegende Finanzreform kann den alarmierenden Investitionsrückstand und den weiteren Arbeitsplatzverfall vor Ort abwenden“, sagte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, in Berlin.

Zwar hat die erst 2004 wirksame Senkung der Gewerbesteuerumlage den Gemeinden erste finanzielle Vorteile gebracht. Angesichts des Milliarden Euro Defi-

zits in den kommunalen Haushalten reicht diese Maßnahme aber nicht aus. Eine grundlegende Gemeindefinanzreform muss die Ausgabenlast der Kommunen deutlich mindern und die Steuerstrukturen so ändern, dass die kommunalen Einnahmen auf Dauer von Konjunkturschwankungen unabhängiger werden, damit die Kommunen ihre gesetzlichen Pflichten dauerhaft erfüllen können.

Der aktuell viel diskutierte Umbau des Steuersystems muss die Städte und Gemeinden stärken. Dem populären Ruf nach Steuerensenkungen hält Dr. Landsberg entgegen, dass die Bürger nicht lediglich Steuerzahler sind, sondern auch Nutzer öffentlicher Güter, die in den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden und finanziert werden müssen. Als Sportler, Arbeitnehmer, Schüler, Fahrgästen des ÖPNV, Nutzer von Horten und Kindergärten, Produzenten von Abwasser, Hausmüll etc. stellen Bürger entsprechende Ansprüche an die Politik, deren Erfüllung aber genügend Mittel in den öffentlichen Kassen voraussetzt. „Daher brauchen die Gemeinden dringend eine weitere Entlastung ihrer Haushalte, um die elementare Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene wieder herzustellen“, so Landsberg. (DStGB- Pressemittteilung 22/2004 vom 26.03.2004)

DIVERSE QUELLEN

In der Pressestelle der Stadt Coesfeld, einem Mittelzentrum im Münsterland mit gut 36.500 Einwohnern und einem Einzugsgebiet von fast 100.000 Menschen, werden Fotos aus vornehmlich drei Quellen verwandt: Selbst aufgenommene Bilder von Dritten - etwa Künstlern im Kulturbereich - bereitgestellte Aufnahmen sowie solche, die von Dritten gegen Urheberhinweis zur Verfügung gestellt werden. Das können zum Beispiel von den Tageszeitungen vor Ort erstellte Aufnahmen sein.

Gerade bei personell geringer Ausstattung in der Pressestelle kann eine gut funktionierende Zusammenarbeit, - speziell ein Bildaustausch mit den örtlichen Redaktionen - die Qualität des kommunalen Bildarchivs erheblich steigern. Wichtige Voraussetzung für ein dauerhaftes Vertrauensverhältnis ist die strikte Beachtung des Urheberrechts und die Nennung der Bildquelle bei Veröffentlichungen.

Aktuelles Beispiel für die Bild-Dokumentation der Stadt Coesfeld: Aufnahmen von der art-zeichen-art 2004



Unerlässliches Handwerkszeug für eine umfassende Bildverarbeitung und -verwaltung sind ein Flachbild- und Dia-Scanner, ein gutes Bildbearbeitungs-Programm sowie eine digitale Kamera mit lichtstarker Zoom-Linse und mindestens drei Millionen Pixel Auflösung. Auf diese Weise können Fotos von Künstlern eingescannt, Bilder beschnitten, per e-Mail versandt oder für den Internet-Auftritt in der Auflösung reduziert werden.

In der Coesfelder Pressestelle hat es sich bewährt, Bilder in folgenden Kategorien oder Ordnern abzuspeichern:

- a) nach Aufgabenbereichen (z.B. Baubetriebshof, Abwasserwerk), wenn etwa neue Teams, Ansprechpartner vorgestellt oder Tätigkeiten veranschaulicht werden
- b) Stadtansichten nach Sehenswürdigkeiten/Wahrzeichen der Stadt Coesfeld
- c) Fotos zu Projekten wie etwa dem Modellkommunenprojekt Kompass in Coesfeld oder der Jugendkulturwoche Eigen.Art 2003 des Coesfelder Fachbereichs Jugend und Familie
- d) Fotos aus Pressegesprächen mit dem Bürgermeister oder sonstigen Mitarbeitern mit Datum (JJMMTT), falls nicht dauerhaft unter „Aufgabenbereiche“ festgehalten
- e) Aufnahmen von Künstlern wie Musikern, Schauspielern, Kabarettisten oder Referenten in einem temporären Ordner, der regelmäßig „ausgedünnt“ werden kann, weil die Aufnahmen nur kurzzeitig für die Wer-

bung verwandt werden

- f) In der Auflösung reduzierte Fotos für den kommunalen Internet-Auftritt
- g) In der Auflösung reduzierte Fotos für die Verwaltungszeitschrift „Interna“, die im hauseigenen Intranet zur Verfügung gestellt wird

Die Bilder sollten - bis auf diejenigen für Intranet und Intranet - möglichst eine Qualität von 300 dpi (Bildpunkte pro Zoll) aufweisen. Sonst häufen sich unnötigerweise Rückfragen im Hinblick auf die Bildqualität. Auch der Scanner lässt sich entsprechend einstellen, so dass herkömmliche Fotos in guter Qualität eingelesen werden können.

Auf die Bildarchiv-Ordner greifen im EDV-Netzwerk der Stadtverwaltung ausschließlich die Mitarbeiter des Zentralen Steuerungsdienstes sowie die Kolleginnen und Kollegen aus der Stabsstelle Stadtmarketing/Verein Wirtschaftsförderung zu. Letztere unterhalten eigene Fotoordner - beispielsweise mit Bildern von der Coesfelder Pfingstwoche 2003, von Arbeitskreissitzungen oder Initiativen des Arbeitskreises Wirtschaft wie von der regelmäßigen Ausbildungs-Olympiade. Auf diese in der Stabsstelle archivierten Fotos kann die Pressestelle ebenfalls zugreifen. ●

KONTAKT
 Stadt Coesfeld
 Pressestelle
 Markt 8
 48653 Coesfeld
 Tel. 02541-939-1106
 Fax 02541-939-4000
 www.coesfeld.de

Verfolgungsjagd im Fachwerk-Idyll



Foto: Schirge

Schauplatz Wesseling: Im Juni 2003 wurde im Stadion für die Fernsehserie „Soko Köln“ mit dem Schauspieler Willi Herren (rechts) gedreht

Kreisangehörige Kommunen werden als Drehort für Film- und TV-Produktionen immer beliebter - und nutzen dies zur Standortwerbung

Bern liegt in Bornheim. Zumindest das Wankdorfstadion, wie es in dem Kinofilm „Das Wunder von Bern“ zu sehen war. Das nämlich stand, in Form eines Hufeisens aus grünen Wänden, auf einem Grundstück zwischen Bornheim und Sechtem im Rhein-Sieg-Kreis. So gut abgeschirmt waren die Dreharbeiten im Juni 2002, dass laut „Kölnische Rundschau“ nicht einmal Sechtems Ortsvorsteher Horst Braun-Schoder wusste, was dort geschah.

Tatsächlich ging das Team um Regisseur Sönke Wortmann mit Öffentlichkeitsarbeit damals noch sparsam um, Zuschauer durften bis auf 50 Meter ans Set

heran, aber keinesfalls fotografieren. Und die Stadtverwaltung hatte bei diesen Dreharbeiten auf einem Privatgrundstück nicht viel zu bestellen. Eine „Ausnahmegenehmigung zum Befahren eines Wirtschaftsweges“ sei dem Filmteam erteilt worden, erinnert sich Herbert Gatz, Leiter des Fachbereichs Ordnung und Soziales in Bornheim. Grundsätzlich sei die Stadt, in der auch schon für die Sat1-Serie „SK Kölsch“ ein Banküberfall inszeniert wurde, offen gegenüber Anfragen von Filmteams: „Wenn es möglich ist, dann machen wir es auch möglich.“

Genau das ist einer der Gründe, warum Filmproduktionen immer häufiger nicht die Großstädte anvisieren, sondern kleinere Kommunen. „Die Tendenz ist steigend“, bestätigt Andrea Baaken, Koordinatorin des Netzwerks „location NRW“ unter dem Dach der Filmstiftung NRW. 1998 mit sieben Mitgliedstädten gegründet, haben sich bis heute 20 Städte zu einem Netzwerk zusammengefunden, das

Produktionsteams über eine Internet-Datenbank Drehorte und Ansprechpartner aus einer Hand anbietet (www.locationn-rw.de).

In Köln verdrehen viele Anwohner bereits die Augen, wenn ihnen wieder ´mal ein Drehteam die ohnehin dünn gesäten Parkplätze wegnimmt, und die Stadtverwaltung ist in der Position, genau auswählen zu müssen - und zu können. „Kleinere Städte kommen den Teams noch entgegen“, sagt Andrea Baaken. Den Vorteil, in mehreren Städten suchen zu können, „nehmen die Produktionsfirmen gern an“. Inzwischen kämen einige Kommunen von selbst auf sie zu. Kevelaer, Mettmann und Leverkusen wollen jetzt Mitglied werden.

WERBUNG MIT DREHARBEITEN

Auf der anderen Seite haben nicht wenige Städte erkannt, dass Dreharbeiten auch eine gute Möglichkeit für Standortwerbung sind. Gewiss, im Nachspann der RTL-Serie „Das Amt“ mit Jochen Busse tauchte die Stadt Wesseling im Rhein-Erft-Kreis nicht auf, obwohl deren Altes Rathaus stets als Außenkulisse für die Fantasie-Stadtverwaltung eingblendet wurde. Doch Wirtschaftsförderer und Pressesprecher Peter Adolf sorgt dafür, dass die Lokalredaktionen dies wissen. Und er vereinbart bei Dreharbeiten einen Pressetermin, sodass seine Stadt wieder ´mal „im Blatt“ ist. Ob nun für „Das Amt“ einen Tag lang in einer Wesselingener Kneipe gedreht wird oder für die ZDF-Serie „Soko Köln“, wie im vergangenen Sommer, drei Tage und Nächte im Sportstadion - „Auch für uns muss etwas dabei herauskommen“, betont Adolf.

Schließlich werden auch kleine Berichte gern gelesen, wenn die Nachbarschaft und auch noch Prominente auftauchen. Dass für die Filmproduktion dabei noch genug Parkplätze zur Verfügung stehen, ist ein weiteres Argument. Schließlich macht Adolf sich über Wesseling keine Illusionen: „Wir haben einen eher einseitigen Charme“, umschreibt er elegant die Tatsache, dass die Stadt am Rhein vornehmlich als Chemie-Standort bekannt ist. In der Tat wirbt der Rhein-Erft-Kreis auf der Webseite von „location NRW“ mit der Vielfalt von Industrie-Optik und ländlicher Idylle, vom Schaufelradbagger im Braunkohle-Tagebau bis zum Bergheimer Schloss Paffendorf.

DIE AUTORIN

Claudia Freytag ist Pauschalistin beim „Kölner Stadt-Anzeiger“

Über die Autobahn ist alles von Köln aus schnell zu erreichen. „Filmproduktionen wählen Drehorte aus, die für sie logistisch am günstigsten sind“, erklärt Andrea Baaken. Da entscheidet der Drehplan, der möglichst kurze Anfahrtswege vorsieht - und der oft noch in letzter Minute geändert wird. Dies kollidiert freilich oft mit den Mechanismen einer Stadtverwaltung: „Filmproduktionen stehen unter Zeitdruck, Stadtverwaltungen haben ihre Bürokratie.“

UNBÜROKRATISCHE HILFE

„Da treffen Welten aufeinander“, berichtet Baaken. Die Stadtverwaltung Wesseling hält den Dienstweg daher bewusst kurz. Für eine Straßensperrung - häufigste Anforderung an eine Stadt - ist das Ordnungsamt zuständig. Pressesprecher Adolf: „Das sind bei uns zwei Stockwerke.“ Bei dem Banküberfall, der in der Innenstadt von Bornheim für „SK Kölsch“ gedreht wurde, kam auf die Ordnungshüter allerdings eine unerwartete Herausforderung zu. „Für diese Folge wurde eine Nacktszene gedreht“, erzählt Fachbereichsleiter Herbert Gatz. „Da mussten wir dafür sorgen, dass die Zuschauer vom Drehort verschwanden.“

Die Neugier der Bürger wandelt sich aber zuweilen in Ärger, wenn sie die Dreharbeiten

Drehort mit Charme: Mit ihrer mittelalterlichen Atmosphäre ist Stadt Blankenberg, Ortsteil von Hennef, auch für Film- und Fernseheteams interessant



Foto: Jöhnen

ten als Belastung empfinden. Zum Beispiel in Bedburg-Altkaster im Rhein-Erft-Kreis, das mit seinen lauschigen Fachwerkhäusern schon mehrfach als Filmkulisse erhalten musste. Bei der Verfilmung des Romans „Jahrestage“ von Uwe Johnson im Jahr 1999 habe noch der Stolz überwogen, erzählt Robert Heinen, Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt Bedburg. Schließlich hätten viele Altkasterer als Statisten mitgewirkt. Auch die Filmversion des Romans „Die Mutter“ nach Petra Hammesfahr spielte 2002 zum Teil in Altkaster. Doch manchmal, räumt Heinen ein, „fühlen die Bürger sich etwas überbeansprucht“ - man könnte es den „Köln-Effekt“ nennen.

So etwas ist in Stadt Blankenberg, Ortsteil von Hennef im Rhein-Sieg-Kreis mit mittelalterlicher Atmosphäre, noch nicht passiert: „Null“ Beschwerden habe es bisher gegeben, berichtet Thomas Kirstges, Abteilungsleiter für Wirtschaftsförderung der Stadt Hennef, die bei „location NRW“ noch nicht Mitglied ist. Seit zwei bis drei Jahren, schätzt Kirstges, nehme die Zahl der Anfragen stetig zu. Erst im Oktober 2003 wurden für „Soko Köln“ Stunts und Verfolgungsjagden in den mittelalterlichen Gassen gedreht. „Hier gibt's ja alles“, sagt Kirstges selbstbewusst, „und das Siegtal ist bisher noch unentdeckt.“ Er räumt ein, dass Hennef die Dreharbeiten noch nicht zur Standortwerbung genutzt hat: „Dieses Feld ist noch unbeackert.“

MISSTRAUEN UND MISSVERSTÄNDNISSE

Manchmal sind es indes nicht nur erzürnte Anwohner, die sich bei der Stadtverwaltung beschwerten. In Hürth im Rhein-Erft-Kreis - mit den MMC-Studios führender TV-Produktionsort neben Köln in der Region - schrieb im vergangenen Jahr die örtliche CDU-Fraktion einen Brief an Bürgermeister Walther Boecker, weil nach Meinung der Politiker die Ruhe eines Friedhofs gestört worden war. Dort hatte man Dreharbeiten mit dem Comedy-Star Dirk Bach beobachtet. Und dieser - so die Befürchtung - werde ja wohl kaum für eine pietätvolle Atmosphäre auf dem Friedhof sorgen.

Die Stadt konnte die CDU beruhigen. Die Dreharbeiten galten der ZDF-Serie „Der kleine Mönch“, in der Dirk Bach als selbiger Jugendliche von ihrem Möchte-



Foto: Clemens

Kulisse Alt-Kaster : In dem Bedburger Ortsteil wurden bereits viele Filmszenen gedreht, so auch für die Verfilmung des Romans „Die Mutter“ mit Martina Gedeck (Mitte)

gern-Satanskult abbringt. „Wir haben das Drehbuch vor der Genehmigung geprüft“, erinnert sich Stadtsprecher Willi Pütz. „Das tun wir immer.“ Sogar die aufstrebende Medienstadt geht kooperativ, aber durchaus vorsichtig mit Anfragen um - nach dem Motto „Drehen ja, aber zu unseren Bedingungen“. Einer Sperrung der Luxemburger Straße, mit täglich 70.000 Fahrzeugen eine der Hauptverkehrsadern Hürths, werde die Stadtverwaltung keinesfalls zustimmen, nennt Pütz ein Beispiel. Dafür würde sie dem Drehteam helfen, eine Alternative zu finden.

Ähnlich sieht es Dieter Follmann, Sprecher der Stadt Kerpen im Rhein-Erft-Kreis. Erst neulich habe die Produktionsfirma, welche für RTL die Serie „Die Camper“ dreht, einen Korb bekommen. Ein großes Grundstück habe es sein sollen, mit kompletter Straßensperrung, und das auch noch langfristig. Aber das ging nicht in Kerpen. Auch dort gab es vor fünf Jahren mächtig Ärger. Für die Serie „Alarm für Cobra 11“ hatte die Filmfirma eine Straße gesperrt, ohne die notwendigen Genehmigungen einzuholen.

Weil ein Bürger aus Kerpen-Sindorf sich beschwerte, kam es heraus, und die Stadtverwaltung war „not amused“. Die Filmfirma entschuldigte sich formvollendet mit einer Spende von gut 3.000 Euro. Sie drehe übrigens heute oft im Kreis Euskirchen, wo ein Stück Autobahn ohne Aufwand gesperrt werden könne, berichtet Follmann. Und Kerpen? Die Stadt ist immer noch nicht zur Filmhochburg geworden, bekommt aber trotzdem jede Menge Drehanfragen: „Für Kerpen-Manheim“, sagt Follmann knapp. „Für die Kartbahn von Michael Schumacher.“ ●

„Es ist 15 Jahre ganz gut gegangen“



Foto: LfM

Dr. Norbert Schneider ist seit 1993 Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM)

Mit dem Direktor der Landesanstalt für Medien NRW (LfM), Dr. Norbert Schneider, sprach STÄDTE- UND GEMEINDERAT über die Besonderheiten des Lokalfunks in Nordrhein-Westfalen

STÄDTE- UND GEMEINDERAT: NRW hat mit seinem Lokalfunk-Modell bundesweit eine Sonderform geschaffen. Wo sehen Sie die Vorteile und wo die Nachteile?

Dr. Norbert Schneider: Der größte Vorteil ist sicher die Kontinuität. Wenn Sie sich Verbreitungsgebiete in anderen Bundesländern näher anschauen, stellen Sie fest, es ist ein ständiges Kommen und Gehen bei den Sendern: Der eine macht Pleite, der andere benennt sich um, es gibt Eigentümerwechsel ... Das alles ist hier nicht so. Natürlich ist das auch weniger aufregend als in Berlin, wo eben das Werben um den Hörer viel brutaler und abwegigere Formen annimmt. Ein Lokalsender hier hat keine Konkurrenz in seinem speziellen Verbreitungsgebiet. Natürlich ist der WDR ein Konkurrent. Aber in den vergangenen 15 Jahren hat sich relativ wenig verändert. Das hat den Vorteil, dass die Lokalradios berechenbar sind, ruhig verfahren können, nicht dauernd wie die Hühner in einem Werbekäfig und Wettbewerbskäfig herumlaufen müssen. Aber es

hat den Nachteil, dass man gelegentlich auf seinen Lorbeeren auszuruhen beginnt. Das macht sicher den einen oder anderen auch ein bißchen schläfrig.

? Inwieweit hat sich das Zwei-Säulen-Modell und die Vorrangstellung der Verleger im NRW-Lokalfunk bewährt?

Schneider: Die Grundidee, den ökonomischen Teil und den publizistischen Teil relativ strikt zu trennen, war aus der Sicht der Verleger, darin begründet, dass sie sich keine Konkurrenz zu ihren Blättern schaffen wollten. Eine ganz exakte Trennung ist nicht möglich. Das Zwei-Säulen-Modell ist ein Unikat in der deutschen Medienlandschaft, das nicht immer zu dem Ergebnis geführt hat, mit dem man eigentlich, gerechnet hat. Die Verleger glaubten, der lokale Hörfunk würde ihren lokalen Blättern schaden. Dies hat sich als absolut gegenstandslos erwiesen. Auf der anderen Seite haben die Verleger den Vorteil durch den Verbund von Hörfunk und Presse, der theoretisch gegeben ist, anfangs nicht wahrgenommen: Sie haben sich im eigenen Haus wie Konkurrenten verhalten und sich gegeneinander abgeschottet. Das ändert sich im Augenblick erheblich. Und die eher pflichtgemäß ausgeübte Liebe des nordrhein-westfälischen Verlegers zum Lokalradio weicht langsam aber sicher einer tiefen inneren Neigung.

? Der erste Lokalsender ging 1990 mit Radio Duisburg auf Sendung. Wie sieht die Bilanz seitdem aus?

Schneider: Eines der Kernprobleme ist das Verhältnis von Wort und Musik. Das hat zu tun mit den ökonomischen Zwängen, und die muss man akzeptieren. Aber man muss sie nicht schön finden. Es gibt natürlich Lokalradios, in deren Programm das Wort-Musik-Verhältnis akzeptabel ist, und wo auch zum Beispiel das Lokale, das ja das eigentliche Element im Lokalfunk darstellen soll, sehr gut vorkommt. Aber es gibt eben auch

das Gegenteil. Das hat zu tun mit den jeweiligen Lokalitäten und dem Personal. Das ist sehr unterschiedlich und insofern kann man eine allgemeine Bilanz nur insofern ausmachen, dass man sagt, es ist 15 Jahre ganz gut gegangen. Das ist vielleicht auch für ein so bewegliches Medium schon ein ziemlich gutes Urteil.

? Wie „lokal“ sind denn die Lokalsender noch?

Schneider: Das kann man nicht generell beantworten. Das ist je nach Verbreitungsgebieten sehr unterschiedlich. Es gibt Regionen da haben sie das kommunale Moment etwas stärker. Es gibt auch Verbreitungsgebiete, da erfahren Sie aus dem Rathaus wenig. Das ist in der Regel personenabhängig. Es ist natürlich das Lokale in allen Momenten außer der Musik angestrebt. Aber es kommt sehr unterschiedlich raus. Also auch hier ein sehr gesprenkeltes und abwechslungsreiches Bild. Dort, wo der größte Zugriff auf das Programm ist, also die größten Zahlen ermittelt werden, ist fast immer auch das Lokale die interessanteste Komponente. Es gibt einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen der Akzeptanz und der Lo-

ZUR SACHE

ZWEI SÄULEN-MODELL

Die Organisationsform des Lokalfunks in NRW ist weltweit einzigartig. Für die Ausstrahlung des Programms sind zwei eigenständige Gesellschaften notwendig: die Veranstaltergemeinschaft (VG) und die Betriebsgesellschaft (BG). In den VGs sind alle örtlich relevanten Gruppen vertreten - etwa Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Sportverbände und dergleichen. Die VG als eingetragener Verein ist Zulassungsnehmer und allein verantwortlich für Programm und Einstellung des Personals - mit Ausnahme des Chefredakteurs. Die BG ist für Finanzierung zuständig, muss die erforderliche Technik bereitstellen und betreibt die Werbe-Akquise. 75 Prozent der Gesellschafter-Anteile können die örtlichen Zeitungsverleger beanspruchen. Kommunen und kommunale Einrichtungen dürfen bis zu 25 Prozent der Kapital- und Stimmrechts-Anteile halten. Einmal jährlich verhandeln VG und BG über den Jahresetat des Senders.

Streit um Betreuung von Kleinkindern

DÜSSELDORF. Die nordrhein-westfälischen Kommunen und Kreise warnen den Bund davor, sie zu einer Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kleinkinder zu verpflichten. „Bei der katastrophalen Finanzlage der Städte und Gemeinden ist diese Aufgabe derzeit nicht zu schultern“, mahnte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bernd Jürgen Schneider, gestern in Düsseldorf. Der Hauptgeschäftsführer des Landkreistages NRW, Alexander Schink, betonte, dieses Vorhaben treibe die Kreise „letztlich endgültig in den finanziellen Ruin“.

Es sei „nicht annähernd zu erkennen“, woher die vom Bund dafür versprochenen 1,5 Milliarden Euro kommen sollten, sagte Schneider. Auf NRW würden danach 370 Millionen Euro entfallen. Die Kommunen wären zudem mit den nötigen Investitionen von rund 3,5 Milliarden Euro „völlig überfordert“. (ddp)

auch hier gibt es Ausnahmen. Es gibt interessante Sendungen und gelungene Sendungen, die wir übrigens auch prämiieren. Wir haben den LfM-Hörfunkpreis alle Jahre, bei dem das deutlich wird. Es gibt Sendungen, die das optimal hinbekommen, aber es ist eher die Ausnahme.

? *Kommunen können sich mit bis zu 24,9 Prozent an den Lokalstationen beteiligen. Warum nehmen nicht alle Kommunen die Chance der Beteiligung wahr?*

Schneider: Es ist ja eine Beteiligung, die auf der ökonomischen Seite liegt, also bei der Betriebsgesellschaft. Eine Hand voll Kommunen tut dies nicht. Was wir öfter beobachten ist, dass sie nicht mitgehen können, wenn das Kapital erhöht werden muss. Das hat einfach mit den ökonomischen Zwängen zu tun, in denen sich die Kommunen heute mehr denn je vorfinden. Ich glaube nicht, dass es Desinteresse ist, sondern es ist gelegentlich einfach die Unmöglichkeit, das Kapitaltempo mitzugehen. Inzwischen sind etwa zwischen 35 und 40 Kommunen an den Betriebsgesellschaften beteiligt, also die überwiegende Zahl. Das ist ja auch eine der Grundüberlegungen gewesen, dass man auch einen nicht

ökonomisch tätigen Partner unter den Gesellschaftern haben möchte. Und das hat sich im Prinzip auch bewährt.

Eine weitere Besonderheit im NRW-Lokalfunk ist der Bürgerfunk. Gemessen an den Einschaltquoten ist dessen Akzeptanz bei den Hörerinnen und Hörern äußerst gering. Kann auf dieses „dritte Bein“ nicht verzichtet werden?

Schneider: Das ist eine Debatte, die immer wieder aufkommt. Die Funktion, die der Bürgerfunk einmal hatte, eine Art Vielfaltsreserve gegenüber dem „Trallalamoto“ eines privaten Hörfunk-Veranstalters zu sein, diese Funktion hat sich eigentlich degressiv entwickelt. Ich bin auch nicht sicher, ob sie je richtig zum Zuge gekommen ist. Und es ist an der Zeit, das Bürgerfunkkonzept auch einmal generell zu überdenken. Die Schwierigkeit ist, dass sich auch hier Strukturen gebildet haben, die man nicht von heute auf morgen verändern oder gar abschaffen kann. Ob diese Entscheidung zu festen Strukturen eine Idee des Gesetzgebers damals war, wird man auch bezweifeln können. Also ich finde, man müsste diese Frage heute schon etwas anders und vor allem härter stellen.

Die Fragen stellte Beate Nellinger

kalität, aber es ist sehr schwierig, die Lokalität umzusetzen in den engen Grenzen, die das so genannte Stundenbild beim lokalen Radio vorgibt. Wenn der Zusammenhang zwischen Lokalität und Akzeptanz gut hergestellt ist, ist das Lokalradio sehr wahrscheinlich sehr erfolgreich.

? *Welche Rolle spielt die Berichterstattung über Kommunales in den 46 Stationen?*

Schneider: Generell gesagt eher eine untergeordnete. Die Journalisten möchten aus keinem Fall in den Verdacht geraten, sozusagen „Rathaus-PR“ zu betreiben. Es gibt da eine generelle Zurückhaltung. Zum anderen sind die Ereignisse, die von dort zu berichten sind, nicht immer publikumsattraktiv. Wir reden ja über Privatrado und nicht über öffentlich-rechtliches Radio. Kommunale Themen sind oft „trocken“. Und da sieht sich ein privates Radio nach Sachen um, die interessant und prickelnd sind. Da sind kommunale Belange nicht die erste Wahl. Aber



Städte- und Gemeindebund NRW
Dienstleistungs-GmbH

Ihr Dienstleister für

- ein integriertes Qualitäts-, Umwelt- und Arbeitsschutzmanagementsystem
 - Risikomanagement
 - Seminare im kommunalen Bereich
 - Genehmigungsmanagement
 - Organisation kommunaler Betriebe
 - ...Noch Fragen?...

Sprechen Sie mit uns:

Städte- und Gemeindebund NRW Dienstleistungs-GmbH
Kaiserswerther Str. 199-201, 40474 Düsseldorf
Tel.: 0211.4587-204, Fax: 0211.4587-266
www.kommunalmanagementsysteme.de

Alles Wissenswerte aus Stadt und Rathaus

Foto: Stadt Bergneustadt



Setzt auf's eigene Amtsblatt: die Verwaltung von Bergneustadt, seit kurzem untergebracht in einer stillgelegten Textilfabrik

Die Kombination von amtlichen Bekanntmachungen, Vereins-Nachrichten und Anzeigen im Bergneustädter Amtsblatt findet nach wie vor eine breite Leserschaft

Gesetze sind frühestens dann wirksam, wenn sie veröffentlicht sind. Das ist guter demokratischer Brauch, und der gilt auch auf der kommunalen Ebene. Dort herrschen klare Regeln, wie die Veröffentlichung zu geschehen hat: in einer Tageszeitung, durch Kombination von Internet-Hinweis und Aushang oder ganz traditionell im Amtsblatt.

Nun reichen Verlautbarungen der Verwaltung selten aus, ein ganzes Heft zu füllen. Daher werden seit alters her die Satzungen, Ratsprotokolle, Einladungen und Bebauungspläne mit örtlichen Nachrichten garniert: Vereinsberichte, Geschäftseröffnungen, Wochenkalender und jede Menge Anzeigen der örtlichen Wirtschaft. Und diese Mischung findet nach wie vor ihre Leserschaft - trotz einer meist bescheidenen Aufmachung.

In Bergneustadt, einer 20.000-Einwohner-Kommune im Oberbergischen östlich von Köln, gibt es das Amtsblatt seit 64 Jahren. Aus-

löser war im 2. Weltkrieg der Wunsch, den Soldaten und Männern des Reichsarbeitsdienstes aus dem Ort etwas Heimatliches an die Front zu schicken. Herausgeber dieses „Heimatbriefs“ war der Heimatverein „Feste Neustadt e.V.“. Als dieser Anlass sich mit Kriegsende erledigt hatte, erhielt die Zeitung den schlichteren Namen „Mitteilungsblatt“. Erst 1953 freilich wurde sein Status als Amtsblatt von Bergneustadt per Hauptsatzungs-Beschluss offiziell anerkannt.

SEIT 1971 MAGAZIN

Nach 30 Jahren Zeitungs-Outfit - ein A 3-Bogen, einmal gefaltet - wandelte sich das Bekanntmachungsorgan 1971 zum Magazin unter dem Titel „Bergneustadt im Blick“. Nunmehr kamen die Nachrichten aufgelockert mit Fotos und Grafiken daher, und das Titelblatt erhielt seine charakteristische Form mit wechselndem kreisrunden Bildmotiv hinter quadratischer Maske.

Dass sich Monat für Monat die Spalten füllten, ist vor allem Wolfgang Heinz zu verdanken. Der Diplom-Verwaltungswirt, der in diesem Sommer als Hauptamtsleiter der Stadt Bergneustadt in den Ruhestand geht,

wuchs als Mitglied des Heimatvereins quasi in die Redaktionsarbeit hinein. Vorher hatte sich ein pensionierter Oberstudiendirektor um das Amtsblatt gekümmert.

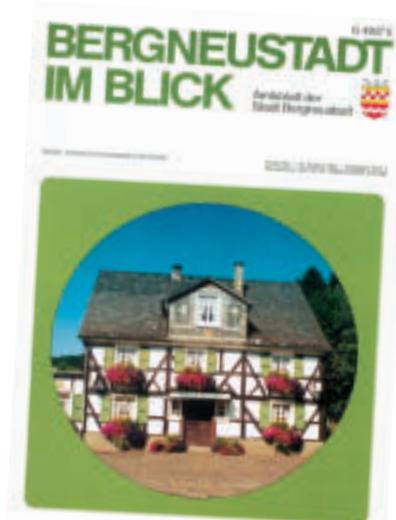
Der studierte Verwaltungsmann Heinz hat sich das journalistische Handwerk selbst beigebracht. Unterstützt wurde er von seiner Frau Helga, die als freie Mitarbeiterin der Oberbergischen Volkszeitung praktische Erfahrung gesammelt hatte. „Natürlich habe ich viel in der Freizeit gemacht“, lässt Heinz erkennen, dass ihn „Bergneustadt im Blick“ mehr als rein dienstlich interessiert hat. Mit zehn Prozent seines Wochenstunden-Deputats, die er für die Redaktion freigestellt war, konnte er schwerlich zehn Ausgaben pro Jahr auf die Beine stellen.

Gut die Hälfte der Texte schreibt er selbst, oder bringt zumindest Textvorlagen der Verwaltungs-Kollegen in ansprechende Form. „Viele Beiträge muss man selbst heranziehen und bei den Leuten abholen“, weiß der geborene Berliner, der in Bergneustadt aufgewachsen ist. Da helfe es, wenn man selbst in der Verwaltung tätig sei und die Autoren auf dem Flur oder in der Kantine, „mal eben kurz“ ansprechen könne.

ERLÄUTERUNG DER SATZUNG

In dem Konzept, Bekanntmachungs-Texte redaktionell auszustaffieren, sieht Heinz große Vorteile: „Zum Beispiel die Friedhofsatzung - da können wir noch Erläuterungen dazuschreiben“. Wenn er die Texte der Fachämter sprachlich etwas aufpeppt, wird ihm, dem erfahrenen Kollegen, das stets zugestanden. Unerlässlich ist dieser „Spülgang“ bei Artikeln der Vereine und Gruppen, die von außen eingesandt werden. „Meist sind die unerfahren im Schreiben und machen die Pressearbeit ganz nebenbei“, berichtet Heinz.

Charakteristisch für das Bergneustädter Amtsblatt: das kreisrunde Titelfoto



Über Funktion und Anforderungen eines Amtsblatts sprach STÄDTE- UND GEMEINDERAT mit Wolfgang Heinz, scheidender Hauptamtsleiter in Bergneustadt sowie langjähriger Allein-Redakteur von „Bergneustadt im Blick“

? **STÄDTE- UND GEMEINDERAT:** Braucht eine Kommune heute noch ein Amtsblatt?

Wolfgang Heinz: Ich denke ja. Die Kommune hat die Aufgabe, den Bürgern die Arbeit von Rat und Verwaltung deutlich zu machen. Das Medium „Amtsblatt“ ist eine direkte Brücke zum Bürger und kann - wenn richtig gemacht - eine wichtige Funktion erfüllen.

? *Was soll, was kann ein Amtsblatt leisten?*

Heinz: Es soll eine Verbindung herstellen zwischen Rat, Verwaltung und Bürger. Es soll dem Bürger Antworten geben auf Fragen, die er oder sie an die Verwaltungsarbeit hat. Es soll Verwaltungs-Entscheidungen verständlich machen, soll informieren und darüber hinaus zur Identitäts-Bildung beitragen.

? *Wie verwaltungsnah, wie neutral soll ein Amtsblatt sein?*

Heinz: Das Amtsblatt sollte offen und ehrlich berich-

ten, es sollte keine falsche Werbung darstellen. Nur so kann es das Vertrauen der Bürger erlangen - und auch erhalten.

? *Wie lässt sich ein Amtsblatt effizient betreiben?*

Heinz: Die neuen technischen Möglichkeiten leisten da einen wichtigen Beitrag. Aber in jedem Fall setzt ein Amtsblatt bei denen, die es produzieren, Engagement, Idealismus und Einsatzfreude voraus.

? *Sind online-Angebote der Tod des Amtsblatts oder ergänzen sich die beiden Medien?*

Heinz: Ich meine: ergänzen. Es sind ja doch zwei Dinge. Die Bürger informieren sich in zunehmendem Maße aus den online-Medien. Aber die online-Medien werden nie ein Amtsblatt oder eine Publikation dieser Art, die man ja aufheben und immer wieder lesen kann, ersetzen.

? *Was muss die Person, die ein Amtsblatt redaktionell betreut, können?*

Heinz: Man braucht Lust und Liebe zur Sache, man muss aber auch kreativ sein und Ideen haben. Dann sollte man gutes Deutsch schreiben und sprechen. Man muss in der Lage sein, mit Menschen in der rechten

Weise Kontakt zu haben, auf Menschen zuzugehen. Auch sollte man in der Lage sein, sich in andere Menschen hineinzusetzen. Ich muss immer denken: Was werden die Leser und Leserinnen interessant finden?

Die Fragen stellte Martin Lehrer

Seit mehr als 30 Jahren betreut Bergneustadts Hauptamtsleiter Wolfgang Heinz das Amtsblatt „Bergneustadt im Blick“

Foto: Lehrer



Auch wenn die Bekanntmachung Sinn und Zweck des Amtsblatts ist, machen Verwaltungstexte nur 20 bis 30 Prozent des gesamten Stoffs aus. Viel erscheint über die Stadtgeschichte, und Firmenporträts lockern die historischen Abhandlungen auf. „Schließlich ist ‚Bergneustadt im Blick‘ auch als permanent produzierte Stadtchronik gedacht“, rechtfertigt Heinz diese Stoff-Gewichtung. Und das mit Recht. Als vor einigen Jahren eine Historikerin über die Geschichte Bergneustadts forschte, lobte sie das örtliche Amtsblatt als ideale Quelle: ausführlich, unzensiert, thematisch vielseitig.

Großen Wert legt der Hauptamtsleiter und Teilzeit-Redakteur auf die Unparteilichkeit seiner Publikation: „Politische Auseinandersetzung oder Wahlkampf findet darin nicht statt.“ Selbstredend würden die Bürgermeister-Kandidaten oder die neuen Ratsmitglieder vorgestellt, jedoch rein dokumentierend und mit ausgewogener Platz-Zuteilung.

Für ein jährlich wiederkehrendes Problem habe man noch keine befriedigende Lösung gefunden: die Haushaltsreden. Drucke man diese im vollen Wortlaut ab, sei die eine oder andere Polemik gegen die Verwaltung nicht zu vermeiden. Eine Zeit lang habe man es mit Richtigstellungen versucht. Dies habe jedoch Kritik bei einigen Ratsfraktionen hervorgerufen. Auf wenig Gegenliebe sei auch der Versuch gestoßen, Berichte aus der Tagespresse über die Haushaltsreden nachzudrucken. Jetzt behilft sich die Redaktion mit einem Vorspann, welcher darauf hinweist, dass der Bürgermeister für die unzensiert abgedruckten Reden keine Verantwortung übernimmt. In dieser heiklen Frage gegen den Rat zu agieren, wäre nicht möglich. Denn das Gremium kann - wie ein Rechtsgutachten des Städte- und Gemeindebundes NRW von 2001 klargestellt hat - Einfluss auf Aussehen und Inhalt des Amtsblatts nehmen.

KEINE MEHRKOSTEN

Regelmäßig erhebt sich die Frage nach Kosten und Nutzen des Amtsblatts. 9.800 Euro sind für dieses Jahr im Haushalt dafür bereitgestellt. Dies deckt nur einen Teil der Kosten für die oft mehr als 30 Seiten starken Hefte. Einiges Geld kommt durch Anzeigen aus der örtlichen Geschäftswelt herein. „Derselbe Betrag müsste jedoch auch aufgewendet werden, um für Bekanntmachungen in der Tagespresse Anzeigen zu schalten“, rechtfertigt Heinz die stadtteigene Publikation. Nicht zuletzt sorgt der Produktions-Auftrag bei einer lokalen Druckerei für Auslastung. Ein Drittel des Umsatzes wird dort mit „Bergneustadt im Blick“ erwirtschaftet.

Um Geld zu sparen, besorgt die Redaktion das meiste selbst - auch das äußere Erscheinungsbild der Zeitschrift. Dreimal wurde die Gestaltung modernisiert, aber



Über das Geschehen im Rathaus werden die Bergneustädter regelmäßig informiert

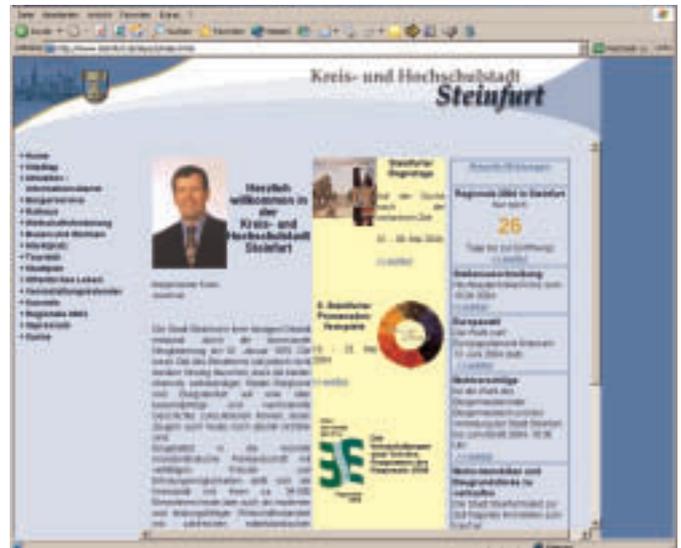
stets ohne Hilfe einer professionellen Agentur. Mit dem Ausscheiden von Wolfgang Heinz aus dem aktiven Dienst kommt dieses „Ein-Mann-Konzept“ zum Ende. „Jetzt entwickelt sich ein Redaktionsteam aus der Verwaltung, bei dem sich die Kollegen gegenseitig vertreten können“, skizziert Bürgermeister Karl Siegfried Noss die Zukunft. Doch kann er gewisse Zweifel nicht verhehlen, ob das neue Team neben dem Tagesgeschäft noch genügend Muße für das Amtsblatt finden werde.

Auch Alternativen habe man durchgespielt, so Noss, etwa die Vergabe an einen Zeitungsverlag: „Aber das Zusammentragen der Information ist von außen viel schwieriger“. Also verbleibe die Redaktion des Amtsblatts im Rathaus. Für den modernen Ganzseiten-Umbruch am Computer müssen die Neuen erst einmal geschult werden.

Aus Sicht von Noss ist der Aufwand nach wie vor gerechtfertigt: „Das Amtsblatt ist eine Kontakt-Möglichkeit der Verwaltung zum Bürger“. Eine Auflage von gut 2.000 Exemplaren sei zwar nicht berauschend, doch werde jedes Heft von drei bis vier Personen gelesen. Ein erheblicher Teil der Produktion geht an ehemalige Bergneustädter in alle Welt. Offenbar besitzen Nachrichten aus der Heimat einen Eigenwert - nicht anders als in der Frühzeit des Bergneustädter Amtsblatts vor 60 Jahren. (mle) ●

Web-Auftritte noch nicht ausgereift

Internet-Präsentationen im Test: Nach Bocholt hat die Stadt Steinfurt bei der Untersuchung der Universität Münster am besten abgeschnitten



Bei einer Untersuchung der Internet-Präsentationen münsterländischer Kommunen deckt die Universität Münster noch erhebliches Entwicklungs-Potenzial auf

Wer rund um die Uhr online Waren bestellt oder seine Banktransaktionen erledigt, erwartet auch von seiner Verwaltung, dass Anträge unabhängig vom Verwaltungs-Vorgang jederzeit und überall gestellt und Dienstleistungen generell schneller und unkomplizierter in Anspruch genommen werden können. Electronic Government im Sinne einer Vereinfachung von Informations-, Kommunikations- und Transaktions-Prozessen zur Erbringung einer Verwaltungs-Dienstleistung durch Einsatz von Informations- und Kommunikations-Technologien greift diesen Trend auf. Die Umsetzung in Form Virtueller Rathäuser wandelt sich immer mehr von der Vision einzelner Verwaltungs-Manager zur Realität im Verwaltungsalltag.

Der Entwicklungsstand Virtueller Rathäuser ist jedoch immer noch sehr heterogen und reicht von Vorreitern mit durchdachten Konzepten und ausgereiften elektronischen Bürgerdiensten bis hin zu Nachzüglern mit hohem Entwicklungs-Potenzial. Dieses Phänomen lässt sich nicht nur bundesweit, sondern auch innerhalb einzelner Regionen wie

etwa dem Münsterland beobachten.

Um hier Best Practice zu identifizieren und nutzbar zu machen, hat das Institut für Wirtschaftsinformatik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im November und Dezember 2003 eine Studie zu Status quo und Entwicklungs-Perspektiven Virtueller Rathäuser im Münsterland durchgeführt. Dazu wurde einerseits durch Fragebögen eine Selbsteinschätzung der Kommunalverwaltungen zum Thema Virtuelles Rathaus und e-Government erfasst (e-Government aus Verwaltungssicht). Zum anderen wurde als Schwerpunkt der Studie durch eine unabhängige Analyse der momentane Entwicklungsstand der Virtuellen Rathäuser aus Bürgerperspektive festgehalten.

Darauf aufbauend wurden sowohl Best Practice wie auch Entwicklungs-Perspektiven identifiziert. Bewertet wurde neben dem allgemeinen Erscheinungsbild einer kommunalen Internet-Seite vor allem die Qualität der bereitgestellten Bürgerdienste in den Dimensionen Strukturiertheit, Entwicklungsgrad, Navigation und Bürger-

DIE AUTOREN

Prof. Dr. Jörg Becker ist Leiter des Instituts für Wirtschaftsinformatik an der Universität Münster, Dipl.-Wirt. Inform.
Lars Algermissen und Dipl.-Kfm.
Björn Niehaves sind dort wissenschaftliche Mitarbeiter

freundlichkeit (e-Government aus Bürgersicht).

POTENZIAL UNGENUTZT

Das Gesamtranking aller Städte und Gemeinden im Münsterland zeigt ein sehr heterogenes Bild und verdeutlicht, dass jede einzelne Stadt oder Gemeinde noch Entwicklungs-Potenzial bei ihrem Internet-Auftritt und der Bereitstellung von Bürgerservices besitzt (siehe Schaubild). Dieses nicht genutzte Potenzial manifestiert sich besonders darin, dass nur 40 Prozent der Städte und Gemeinden mehr als die Hälfte der möglichen Punktzahl erreichen.

Die Mehrzahl der untersuchten Internet-Seiten bietet demnach keinen ausgereiften Auftritt in Bezug auf Benutzerführung, Informationsangebot und Bürgerservices und könnte zum Großteil durch kleinere Innovationen beträchtlich verbessert werden. Gleiches gilt - wenn auch in verringertem Maßstab - für die mit mehr als der Hälfte der erreichbaren Punktzahl bewerteten Internet-Auftritte. Beispielsweise besitzen selbst die Städte Bocholt und Steinfurt als Spitzenreiter noch 15 Prozent respektive 23 Prozent ungenutztes Entwicklungs-Potenzial.

Das Gesamtranking der Gemeinden und Städte des Münsterlandes wurde zusätzlich separat ausgewertet nach Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern und solchen mit weniger als 20.000 Einwohnern. In der Gesamtheit sind die größeren Städte besser po-

DREI BUCHSTABEN IN NEUEM DESIGN

Das Land Nordrhein-Westfalen hat ein neues Logo. Auf den ersten Blick unterscheidet sich das „NRW“ kaum von der alten Schreibweise. Doch bei genauem Hinschauen zeigen sich Unterschiede. So wurden die drei Buchstaben N-R-W auseinander gezogen. Das Grün des „N“ wirkt frischer, das Rot des „W“ etwas dynamischer. Die auffälligste Änderung ist beim „R“ zu erkennen. Da sich Weiß auf Weiß schlecht drucken lässt, blieb beim alten Logo von dem Buchstaben oft nur eine schwarze Umrandung übrig. Jetzt kommt das „R“ ohne Rand und in vornehmem Grau daher. Das Landeswappen - hier nicht abgebildet - bleibt fast unverändert, es wurde lediglich genauer gezeichnet. Verantwortlich für die neue Gestaltung zeichnet der Düsseldorfer Plakatdesigner Prof. Uwe Loesch. Die Kosten für Entwurf und Realisierung betragen 50.000 Euro.



sitioniert. Möglicherweise ist die Größe der Stadt und der damit verbundene größere Spielraum personeller und finanzieller Art für die Umsetzung eines Internet-Angebotes von Vorteil.

Bemerkenswerterweise konnten sich einige Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern unter den Besten platzieren. Dies zeigt, dass kleinere Kommunen im „Spiel der Großen“ mitmischen können. Als positives Beispiel sticht die Gemeinde Raesfeld (etwa 11.000 Einwohner) heraus, die im Gesamtranking den dritten Platz belegt.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Entwicklungs-Potenzial offenbaren selbst die besten Auftritte, und Weiter-

entwicklung ist hier ebenso möglich wie bei den weniger gut positionierten Internet-Auftritten. Folgende Handlungs-Empfehlungen wurden aus den Ergebnissen für das Münsterland generiert, sind aber auch auf andere Regionen übertragbar:

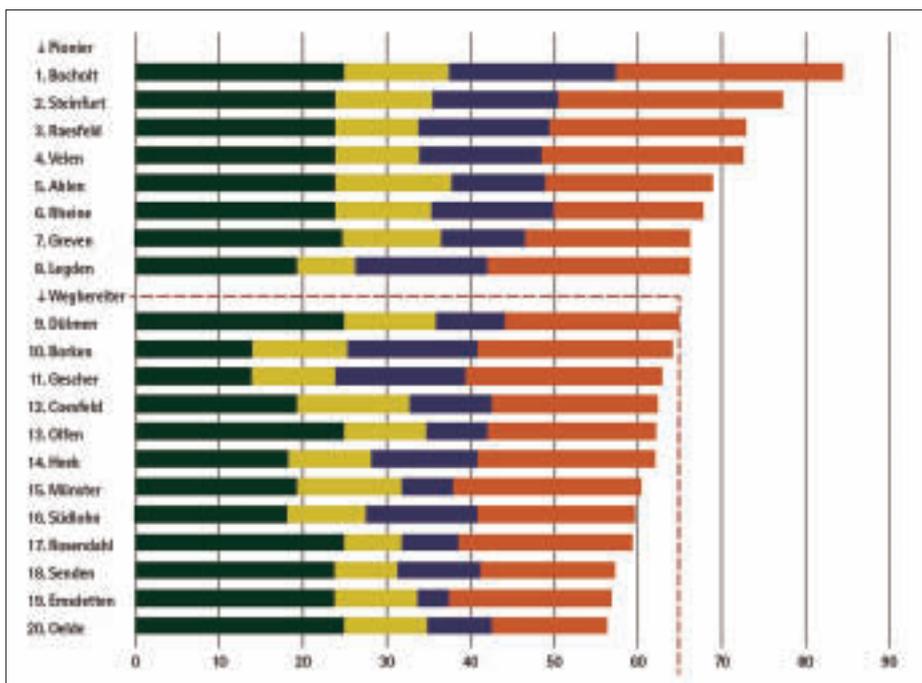
Ausbau der Online-Dienstleistungen

Durch Dienstleistungen, die vollständig online angeboten werden, könnten viele Kommunen ihren Service für die Bürger deutlich aufwerten. Viele dieser Dienstleistungen setzen jedoch die Schriftform voraus, was für Online-Transaktionen eine sichere Authentifizierung mit Hilfe von digitalen Signaturen erfordert. Häufig sind es jedoch genau diese Bürgerservices, die vom Bürger besonders häufig in Anspruch genommen werden, so dass es sich besonders lohnt, die Entwicklung in diesen Bereich voranzutreiben. Dabei empfiehlt sich aufgrund höherer Fallzahlen zunächst eine Konzentration auf so genannte Power-User.

Software für übersichtlichen Webauftritt

Nahezu alle Spitzenreiter bedienen sich professioneller Softwarepakete wie Content-Management-Systeme (CMS)

Schaubild: Algermissen / Univ. Münster



◀ Rangliste der 20 besten Internet-Auftritte im Münsterland: Selbst Spitzenreiter Bocholt besitzt nach Einschätzung der Universität Münster noch 15 Prozent ungenutztes Entwicklungs-Potenzial. Untersucht wurde nach allgemeinen Kriterien (dunkelgrün), Angebot an Informationen (gelbgrün), Navigation zu Bürgerservices (blau) sowie dem Angebot an Bürgerservices (rot).

oder Bürgerinformationssysteme zur Gestaltung ihres Virtuellen Rathauses. Kommunen, die ihren Internet-Auftritt bisher allein durch konventionelles, Seiten-orientiertes Webdesign gestalten, sollten auf diese Hilfen nicht verzichten, da diese Werkzeuge sich bei der Gestaltung übersichtlich strukturierter und gut zu pflegender Internet-Auftritte bewährt haben und die dargebotenen Informationen einheitlich darstellen.

Umgestaltung des internen Workflow

Obwohl der Einsatz von Content-Management-Systemen deutliche Fortschritte für den Internet-Auftritt ermöglicht, genügt es nicht, Dienstleistungen einfach online anzubieten. Vielmehr müssen die dahinter liegenden Prozesse überdacht und gegebenenfalls neu strukturiert werden. Im Fokus einer e-Government-Initiative muss daher eine ganzheitliche Sicht auf die Abläufe der Verwaltung - ausgehend von der Initialisierung durch den Bürger und der Wirtschaft bis zur abschließenden Bearbeitung - stehen. Die Durchführung von Prozessanalysen kann helfen, tradierte Strukturen und Gewohnheiten zu überwinden.

Kooperation mit Partnern aus Wirtschaft und Forschung

Durch einen gemeinsamen Marktauftritt gegenüber Software-Anbietern ergeben sich für Städte und Gemeinden durch Größeneffekte eine stärkere Position bei Kaufverhandlungen sowie die Möglichkeit, Einfluss auf die Software-Entwicklung zu nehmen. Alternativ kann auch gemeinsam Software-Entwicklung betrieben werden. Dabei kann durch intensive Zusammenarbeit die Last und das Risiko bei Neuentwicklungen unter den Beteiligten verteilt werden. Doppel-Entwicklungen lassen sich durch Software-Transfer bereits realisierter Dienstleistungen vermeiden. Aber nicht nur die Zusammenarbeit mit Firmen kann die Kommunen voranbringen. Vor allem Hochschulen können in Pilotprojekten durch Transfer aktueller Forschungskenntnisse in die Praxis die e-Government-Bestrebungen vorantreiben.

Kooperation von Kommunen und Kreisen

Die Kooperation der Kommunen untereinander ist ein wichtiger Schritt in Richtung bürgerfreundlicheres Münsterland.

FAZIT

Die Studie unterstreicht die Bedeutung des Wettbewerbsfaktors „Virtuelles Rathaus“ und will das Thema in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken. Dadurch steht eine Verstärkung des kommunalen Wettbewerbs um die besten Bürgerdienste zu erwarten, denn bekanntlich belebt Konkurrenz das Geschäft. Auf der anderen Seite ist eine Verstärkung der interkommunalen Kooperation anzustreben. Hierdurch sollen Energien freigesetzt werden, die dazu beitragen, die Qualität der Bürgerdienste im gesamten Münsterland und darüber hinaus zu erhöhen und damit die gute Position der Region Münsterland im Europa der Regionen weiter auszubauen.

Der Vergleich der angebotenen Informationen und Dienstleistungen, der Erfahrungsaustausch und das Lernen voneinander helfen nicht nur den „Nachzüglern“ weiter. Auch für die Spitzenreiter lohnt sich ein Blick über die kommunalen Grenzen hinweg. So lassen sich gemeinsam Dienstleistungs-Prozesse abgleichen und Fälle von Best Practice identifizieren.

Mittelfristig ist die Umsetzung komplexerer Dienstleistungen von besonderem Interesse, da in diesen der größte Nutzen in Bezug auf Standortmarketing, Bürgerfreundlichkeit und Kostensenkungen steckt. Die für eine wirtschaftlich sinnvolle Umsetzung benötigten hohen Fallzahlen werden in der Regel nur in größeren Verwaltungen erreicht. Insofern sollte sich jede Verwaltung auf Basis der jeweiligen wirtschaftlichen Tragfähigkeit an der Entwicklung und den dadurch entstehenden Kosten beteiligen.

Als Koordinationsstelle könnte zu diesem Zweck ein Kompetenz-Zentrum eingerichtet werden, das Entwicklungsbedarf identifiziert und die Umsetzungen in regelmäßigen Abständen überwacht sowie dokumentiert. Eine Partizipation kleiner Verwaltungen an den Ergebnissen darf aber nicht vergessen werden, denn nur durch solidarische Kooperation aller Kommunen lässt sich eine gesamte Region voranbringen. ●

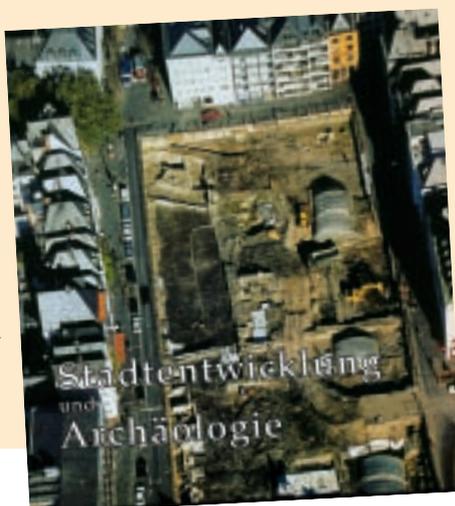
INFO Die Studie „Virtuelles Rathaus Münsterland 2004“ der Westfälischen Wilhelms-Universität kann im Internet unter www.regio-komm.de bestellt werden

BUCHTIPP

STADTENTWICKLUNG UND ARCHÄOLOGIE

Hrsg. von H. G. Horn, H. Hellenkemper, G. Isenberg und H. Koschik im Auftr. d. NRW-Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport in Verb. m. d. Westf. Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, dem Rhein. Amt für Bodendenkmalpflege u. d. Römisch-Germanischen Museum/Amt für Bodendenkmalpflege der Stadt Köln, Schriften zur Bodendenkmalpflege in NRW, Band 7, Klartext-Verlag, 2004, 206 S., meist farb. Abb., 17,50 Euro, ISBN 3-89861-278-3

Wo immer man gräbt in nordrhein-westfälischen Kommunen, stößt man höchstwahrscheinlich auf Überreste früherer Siedlungen. Oft stellen diese archäologischen Zeugnisse bei der Stadtentwicklung ein Hindernis dar. In einer gemeinsamen Aktion haben jetzt rund 20 Städte und Gemeinden zusammen mit dem Land NRW und den drei Ämtern für Bodendenkmalpflege archäologische Stadtkataster erstellt. Dabei wurden akribisch alte Stadtpläne, Karten sowie Bauakten und Grabungsberichte ausgewertet und die Informationen in einem Generalplan zusammengeführt. „Stadtentwicklung und Archäologie“ schildert das Projekt, welches von wissenschaftlichen Studien begleitet wurde, und berichtet exemplarisch über die Bestandsaufnahme in den Städten Stolberg, Tecklenburg, Bedburg-Alt-Kaster, Soest und Minden. Wie die Beispielfälle belegen, hat das Wissen um Bodendenkmäler - unangetastete und bereits erforschte - zu mehr Planungssicherheit bei Neu- und Umbauten geführt.



Ohne Vertrauen gibt's keine Info

Lokaljournalisten müssen das kommunale Geschehen aus kritischer Distanz begleiten und dennoch zu allen Akteuren in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft Kontakt halten - ein Drahtseilakt

„Wollen sie etwas darüber schreiben?“ Diese Frage bekommt ein Lokaljournalist oder eine Lokaljournalistin des Öfteren zu

DER AUTOR

Josef Thesing ist Redaktionsleiter bei den „Westfälischen Nachrichten“ in Drensteinfurt und Sendenhorst

hören - besonders wenn er oder sie Informationen sucht über nicht öffentliche Sitzungen von Rat und Ausschüssen.

Doch genau an diesem Punkt beginnt die wichtige Arbeit des Lokaljournalisten. Seine „Kunden“ sind die Leser und Leserinnen der Lokalzeitung. Sie wollen umfassend informiert und unterhalten werden. Sie erwarten, dass die Lokalredaktion Zusammenhänge erklärt, die sich nicht auf Anhieb erschließen. Und die Leser und Leserinnen brennen darauf, zu erfahren, was hinter verschlossenen Türen vor sich geht.

Der Lokaljournalist ist in erster Linie ihnen verpflichtet - und nicht dem Bürgermeister oder einzelnen Ratsfraktionsvorsitzenden. Gleichwohl sind beide Seiten auf gute Zusammenarbeit angewiesen, die auch deshalb in der Regel funktioniert. Dass eine Lokalredaktion für ihre Leserinnen und Leser schreibt und schreiben muss, ist indes nicht immer jedem deutlich, der mit ihr zu tun hat. Denn das Verhältnis von Lokalredakteuren zu Verwaltung und Politik ist von Ambivalenz geprägt.

Auf der einen Seite handelt es sich ohne Zweifel um ein Geben und Nehmen. Aber die kritische Distanz ist das größte Pfund, mit dem Lokaljournalisten wuchern können. Sie sollen das, was in der Stadt passiert, begleiten, nicht wohlwollend mitgestalten. Dies bedeutet freilich nicht, dass man „auf Teufel komm´ raus“ in jeder Suppe ein Haar finden muss.



Foto: Lehrer

Lokales im Schaufenster: Die „Westfälischen Nachrichten“ in Drensteinfurt berichten regelmäßig über das Geschehen in der Stadt

Um Distanz zu schaffen und zu halten, müssen sich Journalisten Respekt verschaffen - aber nicht mit der Keule, sondern mit solider Arbeit und gesundem Selbstbewusstsein. Kompetente Arbeit entscheidet darüber, ob die tägliche Gradwanderung zwischen Kooperation und Konfrontation gelingt. Wer guten Journalismus abliefert und nicht alles unreflektiert weitergibt, wird respektiert. Sicher nicht von heute auf morgen: Respekt muss über die Jahre wachsen und hat sicher auch ein bisschen mit Persönlichkeit zu tun.

NICHT VEREINNAHMEN LASSEN

Das bedeutet zugleich: Wer sich - für welche Seite auch immer - vereinnahmen lässt, hat als Lokaljournalist so gut wie verloren. Dann etwa, wenn der Stammtisch zur wichtigsten Informationsbörse und zum Ort des Gedankenaustausches geworden ist. Was nicht heißt, dass man sich das gelegentliche Bierchen mit der Verwaltungsspitze oder einem Ratsmitglied versagen muss. Nur sollte der Notizblock dann in der Redaktion bleiben.

Das ist beileibe nicht selbstverständlich. Ein Kollege aus einer größeren Stadt erzählt jüngeren Kollegen heute noch voller Stolz, dass er nie ohne Block in die Kneipe geht und

schon manche wichtige Notiz auf der Toilette gemacht hat. Wer so arbeitet, akzeptiert weder bei sich noch beim Gesprächspartner am Tresen ein privates Gespräch, das aber durchaus wichtig ist bei aller notwendigen kritischen Distanz und der Hektik im Alltag. Und das kann nur funktionieren, wenn beide Seiten diese Regel akzeptieren. Man muss auch über Dinge reden können, die nicht am nächsten Tag im Blatt stehen.

Anders ist das, wenn die Lokalredaktion den Bürgermeister oder den Pressesprecher anruft, und eine konkrete Antwort auf eine konkrete Frage haben will. Wird ihr die Auskunft mit dem „dringenden Hinweis“ gegeben, das nicht zu verwenden, kann man sich das weitere Gespräch an dieser Stelle meist ersparen. Dann hilft deutlich zu machen, dass die Geschichte am nächsten Tag ohne eine Stellungnahme der Verwaltung auskommen muss - mit entsprechendem Hinweis.

Sendenhorst und Drensteinfurt sind Kleinstädte im Münsterland mit 13.000 beziehungsweise 14.000 Einwohnern inklusive aller Ortsteile und Bauernschaften. Von letzteren gibt es dort reichlich, und jede hat ihre Eigenart. Beide Städte im Einzugsbereich von Münster wachsen stetig durch den Zuzug junger Familien. Dies hat eine



Foto: Stadt Sendenhorst

Bürger und Bürgerinnen - hier auf dem Marktplatz von Sendenhorst - erwarten umfassende Information durch die örtlichen Medien

heterogene Bevölkerungsstruktur entstehen lassen und stellt die Lokalredaktion vor besondere Aufgaben. Die „Neuen“ interessieren sich nicht unbedingt für die Eigenart des Dorfes, sondern zunächst für die Frage, warum wieder nicht genügend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Das muss die Lokalzeitung klären.

KEINE PRESSESTELLE

Nun unterliegen die Verwaltungen der Städte Sendenhorst und Drensteinfurt dem Sparzwang, was sich auch im Personaltabelleau niederschlägt. Eine Pressestelle unterhalten beide Rathäuser nicht. Anfragen werden also nicht kanalisiert und gefiltert. Abhängig vom Thema ruft die Redaktion im entsprechenden Dienstbereich beispielsweise im Sendenhorster Rathaus an. Ohne Umwege ist der zuständige Fachmann oder die zuständige Fachfrau mit der Frage konfrontiert und antwortet - meistens jedenfalls.

Das erleichtert in der Regel die Redaktionsarbeit - manchmal aber auch nicht. Denn der Gesamt-Zusammenhang muss den Journalisten in großen Zügen präsent sein, bevor sie zum Telefon greifen. Selten gibt's mehr als die direkte Antwort auf die konkrete Frage. Für Zusammenhänge reicht ein Gesprächspartner meistens nicht aus, weil dieser nur eine Sicht der Dinge liefern kann.

In Drensteinfurt funktioniert dies ähnlich. Doch hat dort der Verwaltungschef die Zügel etwas enger gefasst. Vermutlich weiß er somit stets, was „aus dem Haus“ geht. Und Pressemitteilungen zeichnet er stets selbst ab. Die kommen - wie in Sendenhorst - tatsächlich nur dann, wenn es etwas mitzuteilen gibt.

Wer in der Lokalredak-



Foto: Mindener Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft

tion arbeitet, braucht ein dickes Fell - auch gegenüber Verwaltung und Politik. Beides ist bekanntlich selten scharf zu trennen. „Auf dem Land“ ist es nicht anders als in der Bundeshauptstadt. Gibt es aufgrund von Berichterstattung richtig Ärger, hat „die Presse“ unzureichend informiert, nicht genügend recherchiert, verkürzt dargestellt. Beide Seiten wissen in der Regel, dass das nicht stimmt. Doch so ist das Geschäft nun mal - gerade in einem Jahr mit Kommunalwahl. Der Blick jener, über die geschrieben wird, auf die Zeilen, welche über sie geschrieben werden, intensiviert sich zwangsläufig.

Manchmal wird auch gezählt: Wie viel steht über mich in der Zeitung, wie viel über die anderen? Natürlich spricht man nicht direkt darüber, aber en passant schon. „Warum haben sie das nicht geschrieben? Ist das nicht deutlich geworden? Haben sie es nicht richtig mitbekommen?“ lautet die unterschwellige Kritik. Wenn etwas schlichtweg nicht wichtig war oder nur noch einmal wiederholt wurde, wird man das offen sagen dürfen, solange gegenseitiges Vertrauen vorhanden ist.

ALLE GLEICH BEHANDELN

Lokalredaktionen tun gut daran, alle gleich zu behandeln. Das macht Redakteure weniger angreifbar. Frühzeitiges Abstecken von Grenzen erleichtert die Zusammenarbeit. Wer weiß, dass Sprechblasen nicht gedruckt werden, wird sich die Arbeit ersparen, welche zu produzieren. Wenn daher beispielsweise ein Lokaljournalist vor dem Wahlkampf mit dem Bürgermeisterkandidaten darüber spricht, was geht und was nicht, erspart das unnötige Irritationen. Zweifelhafte Nähe ist das sicher nicht.

Dass Gespräche zuweilen merkwürdige Folgen nach sich ziehen, wird an einem Beispiel deutlich. Im Interview werden der Ortsvorsitzende einer Partei und der Ratsfraktionschef gefragt, ob denn ein bestimmter Verwaltungsfachmann für sie nicht ein geeigneter Bürgermeisterkandidat wäre. Die Herren wollen das nicht kommentieren. Wohl aber der - bei dem Gespräch nicht anwesende - Betroffene. Er lässt die Redaktion am gleichen Tag per e-Mail wissen, dass sie seine Persönlichkeitsrechte zu wahren hat, und „verbittet“ sich jedwede Fragen zu diesem Thema.

Verwaltung und Politik wollen - durchaus berechtigt - verstanden werden, vor allem in der Öffentlichkeit. Aber gelegentlich wird übers Ziel hinausgeschossen. „Ich möchte das auch für die Presse noch einmal zusammenfassen“, hieß es beispielsweise in der öffentlichen Sitzung eines Ausschusses. So schön, so überflüssig: denn „die Presse“ kann selbst zusammenfassen - das ist ihr Auftrag, dafür sind Presseleute ausgebildet.

Je kleiner die Stadt oder Gemeinde ist, je mehr haben Lokaljournalisten, Politik, Verwaltung und natürlich die Leser und Leserinnen der Zeitung miteinander zu tun. Und je länger Lokaljournalisten in „ihrer“ Stadt arbeiten, desto größer ist die Gefahr, die kritische Distanz zu verlieren und der Versuchung zu erliegen, sich vereinnahmen zu lassen. Aber auch wenn Dinge auf den ersten Blick plausibel klingen, müssen sie hinterfragt werden. Das ist nicht mehr als journalistisches Handwerk. Dieses konsequent angewendet, führt fast zwangsläufig dazu, dass der Lokalredakteur immer wieder zwischen allen Stühlen sitzt - zwischen kritischer Distanz und notwendiger Zusammenarbeit. Kein schlechter Platz für einen guten Journalisten. ●

PARTNER FÜR FRIEDEN UND ENTWICKLUNG

Sein zehnjähriges Bestehen feiert das Bonn International Center for Conversion (BICC) in diesem Jahr. Gegründet wurde die unabhängige gemeinnützige Einrichtung auf Initiative der NRW-Landesregierung, um ehemals militärisch genutzte Anlagen für zivile Zwecke nutzbar zu machen. Allein in NRW wurden in den 1990er-Jahren fast 300 militärische Liegenschaften mit einer Gesamtfläche von 8.300 Hektar für zivile Nutzung hergerichtet. Darüber hinaus ist das BICC auch präventiv tätig. Denn seit

dem Ende der Ost-West-Konfrontation hat die Zahl der kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit eher zu- als abgenommen. So hat sich die Bonner Einrichtung als „Marktführer“ in Sachen Konversionsforschung und -beratung international einen Namen gemacht.

Erfolgreiche Konversion: Auf dem Gelände der ehemaligen Churchill Barracks in Lippstadt entstand das moderne CarTec Technologiezentrum

Anker für die Stadtkultur

Gut fünf Jahre nach der Eröffnung ist das Preußen-Museum in Wesel zum integralen Bestandteil der städtischen Kulturszene geworden

Wer sagt denn, dass es bei Preußens nicht schwungvoll zugeht? Alle die geglaubt hatten, die regionalgeschichtlichen Museen in Wesel und Minden rückten nur Militär, Staat und Verwaltung von einst ins rechte Licht, sahen sich im vergangenen Jahr eines besseren belehrt. Fünf Monate lang krächzten, dröhnten, piffen und klimperten historische Musikautomaten in den heiligen Hallen.

Die Sonderausstellung „Johann Strauß meets Elvis - Musikautomaten aus zwei Jahrhunderten“ zog zweifellos den Kreis der historischen Unterweisung am weitesten weg vom thematischen Kern der Schwestermuseen - Preußenherrschaft in Rheinland und Westfalen. Doch damit kam sie den Erwartungen ihres heimatischen Publikums umso näher.

Im Spätherbst 1998 wurde mit dem umgebauten Getreidedepot der Weseler Festungs-Zitadelle der erste Standort des Preußen-Museums Nordrhein-Westfalen eröffnet. Das westfälische Pendant in Minden - auch dort in einer ehemaligen Kaserne gelegen - folgte 2001. Getragen wird das Projekt von einer 1990 gegründeten Stiftung, in die das Land NRW gut fünf Millionen Euro sowie die Kreise Wesel und Minden-Lübbecke wie auch die Städte Wesel und Minden jeweils etwa 760.000 Euro eingezahlt hatten. Später

kamen die beiden Landschaftsverbände mit jeweils gut 1,5 Millionen Euro hinzu.

VERBINDUNG ZUR STADT

Gut fünf Jahre nach dem Start in Wesel ist es für Museumsdirektor Veit Veltzke Zeit, Bilanz zu ziehen. „Die Investition hat sich bezahlt gemacht“, erklärt der promovierte Historiker, der von Anfang an dabei ist. Dabei denkt er nicht nur an die schwankenden Besucherzahlen in der Dauerausstellung, die rund 350 Jahre wechselvoller Preußen-Herrschaft am Rhein nachzeichnet. Vielmehr geht es ihm um die Verbindung zur Stadtkultur. Und hier machen sich die neuen Räume des Preußen-Museums unmittelbar neben der Weseler Musikschule, aber auch die Präsenz eines Teams von Geschichts-Experten positiv bemerkbar.

So tragen die Preußen-Archivare ihr Wissen durchaus nach draußen. Jeweils im Frühjahr veranstaltet die Stadt Wesel ein „Preußen-Wochenende“, zu dem das Museumsteam ein Spezialthema beisteuert. Geschichts-Studierende in Originalkostümen stellen in der Innenstadt typische Szenen der Preußenzeit nach, und auch

BürgerInnen wie BesucherInnen können sich am Historien-Spektakel beteiligen. Diese Mischform aus Stadtfest und Geschichtsfest, welche zuletzt rund 50.000 Besucher anlockte, ist auch für die Kommune von wirtschaftlicher Bedeutung.

„Wir müssen unsere Erkenntnisse unterhaltsam vermitteln“, resümiert Veltzke nach fünf Jahren Einzel- und Gruppenführungen. An letzteren mangelt es dem Museum nicht. Pro Unterrichtswoche kommen durchschnittlich zwei Klassen oder Geschichtskurse ins Haus. Deren Besuch kann sich über zwei Stunden - die Basisführung - oder über mehrere Tage hinziehen. Leistungskurse erarbeiten dann ein neues Thema anhand von Quellen und Ausstellungsstücken des Museums. Im Mindener Haus gibt es sogar einen Kooperations-Vertrag mit einer Gesamtschule. Damit werden Geschichtslehrer und -lehrerinnen verpflichtet, bestimmte Teile ihres Unterrichts im Museum abzuhalten.

STIFTUNGS-ERTRÄGE GESUNKEN

Wie bei anderen kulturellen Einrichtungen bereitet auch beim Preußen-Museum die Finanzierung Probleme. Da die Zinsen am Kapitalmarkt gefallen sind, wirft das Stiftungskapital nicht mehr die 1,5 Millionen Euro jährlich ab, welche beide Häuser zusammen für den laufenden



Fotos: Lehner

Geschichte vermitteln und Stadtkultur fördern: das Preußen-Museum in Wesel



◀ Die Sonderausstellung „Johann Strauß meets Elvis - Musikautomaten aus zwei Jahrhunderten“ erwies sich als Publikumsmagnet im Preußen-Museum

BEGREIFBARE ZEITGESCHICHTE

Daten und Fakten markieren wichtige Eckpunkte in der Geschichte. Aber häufig macht erst die Schilderung von Einzelschicksalen Geschichte lebendig und verständlich. Der Lebensweg der Anne Frank, Kind deutscher Emi-



granten in Amsterdam, bietet dafür ein Beispiel. Gerade Jugendliche können sich gut in die Gedankenwelt und Gefühlslage des jüdischen Mädchens hineinversetzen, die von den Nationalsozialisten ermordet wurde. Die **Ausstellung „Anne Frank - eine Geschichte für heute“**, die bereits in Duisburg gezeigt worden war, ist seit 23. April in der Anne Frank-Gesamtschule in Gütersloh (Foto) zu sehen. Das Besondere: Nicht studierte HistorikerInnen, sondern Jugendliche führen Schulklassen und Jugendgruppen durch die Ausstellung. Dadurch entsteht ein Dialog, der die jungen Menschen zur Auseinandersetzung mit Geschichte und Zeitgeschehen anregen soll. Die Internationale Wanderausstellung ist noch bis zum 24. Mai 2004 in Gütersloh zu sehen.

Betrieb benötigen. „Wir haben die Stifter im Jahr 2002 um eine Erhöhung der Einlagen gebeten“, erläutert Veltzke. Dazu sind diese - trotz der katastrophalen Finanzlage bei Land, Kreisen und Kommunen - offenbar bereit. Bis dies 2006 abgeschlossen sein wird, zahlen die Stifter vorab einen Betriebskosten-Zuschuss zusätzlich zur Stiftungsrendite.

Auch für die Häuser in Wesel und Minden heißt es deshalb: Geld sparen. In Wesel beispielsweise bleibt das Museum jetzt freitags für Einzelbesucher geschlos-

Westfälisches Pendant zum Weseler Haus: das Preußen-Museum Minden



sen. In Minden wird eine Planstelle nach dem Weggang des zweiten wissenschaftlichen Mitarbeiters zur Jahresmitte 2004 nicht wieder besetzt. Gleichzeitig bemühen sich die Institute um neue Einnahmequellen. Zumindest in Wesel habe sich der Museumsshop zur „Goldgrube“ entwickelt, berichtet Veltzke. Jeder Gast gebe dort im Durchschnitt 1,5 bis zwei Euro aus. Besonders die Bücher über Preußen - „Wir decken da eine Marktlücke ab“ - liefern sehr gut.

Seit kurzem wird in Wesel sogar aus den Nebenräumen - Café, Foyer und Vortragsaal - Kapital geschlagen. Pharmafirmen und Mediziner-Vereinigungen schätzen die gediegene, kulturell angehauchte Atmosphäre, seit durch Nachrüstung einer Klima-Anlage im Obergeschoss auch heutigen Komfort-Bedürfnissen Rechnung getragen wurde. Der Kongress-Betrieb, in den sich quasi als Beiprogramm Vorträge oder Führungen zu geschichtlichen Themen einfügen lassen, bringt gutes Geld.

BÜRGER-ENGAGEMENT STÄRKEN

Erstaunlicherweise diene die Gründung eines Fördervereins für das Weseler

Haus nicht primär dem Fundraising oder der Gewinnung ehrenamtlichen Personals. Vielmehr wolle man das ideale Engagement der Bürger und Bürgerinnen Wesels für „ihr“ Museum stärken sowie Anregungen und Impulse aus der Stadt aufgreifen. Eine Konkurrenz zum Weseler Geschichtsverein, der sich ebenfalls an der lokalen Preußen-Forschung beteiligt, sieht Veltzke nicht.

Dass hier noch einiges zu tun ist, zeigt eine Untersuchung über die Herkunft der BesucherInnen. Nur gut 15 Prozent kommen aus Wesel und Umgebung, der Großteil aus den Ballungszentren Düsseldorf, Ruhrgebiet oder den Niederlanden. Dem will das Museumsteam durch ein breites und abwechslungsreiches Programm an Sonderausstellungen - derzeit fünf bis sechs pro Jahr - begegnen. „Wir können nicht nur auf das Thema ´Preußen´ setzen“, räumt Direktor Veltzke ein. So schwebt ihm eine Dreiteilung vor: einerseits die klassischen regionalhistorischen Ausstellungen, in die viel örtlicher Forscherfleiß einfließt, dann die kulturgeschichtlichen Themen und schließlich Schauen mit stark unterhaltendem Charakter.

Mit einer Ausstellung über den Komponisten Richard Wagner („Der Mythos des Erlösers - Richard Wagners Traumwelten und die deutsche Gesellschaft 1871-1918“) ist dem Preußen-Museum vor zwei Jahren ein großer Coup gelungen. Während der Festspielzeit wurde das Material in Bayreuth gezeigt und machte so das nordrhein-westfälische Haus bundesweit bekannt. Dann wieder besinnt man sich der heimischen Wurzeln. Ende November 2003 holte das Weseler Museum den aus Wesel stammenden Maler Christoph Koch ins Haus. Dessen Aquarelle und Ölbilder - Impressionen der nieder-rheinischen Landschaft - trafen den Geschmack seiner Mitbürger. Zum Ende der Ausstellung Mitte Januar 2004 hatte ein Großteil der 105 Kunstwerke neue Besitzer gefunden. (mle)

KONTAKT Preußen-Museum NRW
An der Zitadelle 14-20
46483 Wesel
Tel. 0281-3399 6-0
Simeonsplatz 12
32427 Minden
Tel. 0571-837 28-0
Internet: www.preussenmuseum.de

Geld für Sportstätten wirksamer verteilt

Foto: Reißel



Bau und Modernisierung kommunaler Sportstätten wird durch die Sportpauschale erleichtert

Künftig erhalten Kommunen in NRW die Sportstätten-Förderung als Pauschale, die jedoch teilweise aus allgemeinen Investitions-Mitteln gespeist wird

Die Infrastruktur einer Stadt oder Gemeinde ist von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung der Kommune - gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. In einer Gemeinde mit einer gut ausgebauten Infrastruktur fühlen sich nicht nur die Einwohner wohl, auch Wirtschaftsunternehmen sind eher bereit, sich für diesen Standort zu entscheiden.

Dabei haben nicht nur das Straßen- und Wegenetz, die Anbindung an den ÖPNV, das Vorhandensein von Kindergärten und Schulen, sondern auch die so genannten weichen Standortfaktoren einen erheblichen Einfluss auf die Qualität der örtlichen Infrastruktur. Dazu gehören neben kultu-

rellen Einrichtungen vor allem die Sportstätten. Dem dort betriebenen Vereinsport kommt ein hoher gesellschaftlicher wie auch wirtschaftlicher Stellenwert zu. Ein angemessenes Angebot an Sportstätten ist daher auch kommunalpolitisch sinnvoll.

Gemeinden und Vereine, welche für den Bau oder die Modernisierung von Sportstätten Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches erhalten wollten, waren bisher auf eine projektbezogene Förderung angewiesen. Für jede Sportstätte musste bei der Bezirksregierung ein Antrag auf Sportstättenbau-Förderung gestellt werden. Dieses Verfahren war nicht nur mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Aufgrund der enormen Anzahl der Anträge ergab sich zudem ein erheblicher Antragstau.

AUFWÄNDIGES ANTRAGS-VERFAHREN

So war der Aufwand für das Ausfüllen des Antrages nicht selten vergebens, weil eine Gemeinde vom Land NRW die Nach-

richt erhielt, dass in der nächsten Zeit nicht mit einer Förderung der Sportanlage zu rechnen sei. Bislang konnten mit den Mitteln auch nicht alle Sportstätten gefördert werden, sondern nur solche, die nach den „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen des Landes für den Sportstättenbau“ als sportpolitisch sinnvoll anzusehen waren.

Nachdem sich vor allem die gemeindlichen Spitzenverbände - Städte- und Gemeindebund NRW sowie Städtetag NRW - bereits im Jahr 2002 für eine pauschalisierte Sportstättenbau-Förderung ausgesprochen hatten, ist es nun zu der gewünschten Umstellung in Form einer Sportpauschale gekommen. In den Jahren 2004 und 2005 steht den NRW-Gemeinden ein Betrag von je 45 Mio. Euro im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes zur Verfügung. Pro Einwohner ergibt sich nach Mitteilung des NRW-Sportministeriums ein Betrag von durchschnittlich 2,38 Euro.

In den Jahren 2004 und 2005 werden zudem je fünf Mio. Euro zur Finanzierung bereits genehmigter Anträge nach dem alten System benötigt. Die Umstellung der Sportstättenbau-Förderung geht einher mit einer erheblichen Aufstockung der Mittel im Bereich Sport, da im Jahr 2003 nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz lediglich ein Betrag von rund 15,3 Mio. Euro zur Verfügung stand.

Insbesondere als Folge einer Initiative des Städte- und Gemeindebundes NRW erhalten alle Gemeinden einen Mindestbetrag von 40.000 Euro. Hiervon profitieren Gemeinden bis zu einer Einwohnerzahl von 16.750. Allerdings hätte dieser Mindestbetrag durchaus noch etwas größer ausfallen sollen, weil eine kleinere Gemeinde mit einem Mindestbetrag von 40.000 Euro viele Jahre die Mittel aus der Sportpauschale ansparen muss, wenn sie etwa eine Sporthalle neu bauen will.

KEIN EIGENER ETAT

Eine wichtige Änderung ergibt sich für Sportvereine mit eigenen Sportstätten, da der Etatposten im Landeshaushalt für die vereinseigenen Sportstätten nicht mehr existiert. Die Vereine werden daher versuchen, für ihre Sportanlagen Mittel aus der Sportpauschale der Kommune zu erhalten, wodurch mitunter vor Ort Verteilungs-Diskussionen ausgelöst werden können. Denn es ist nicht festgelegt, welcher Ver-

DER AUTOR

Dr. Matthias Menzel ist Referent für Schule, Kultur und Sport beim Städte- und Gemeindebund NRW

„Westfälische Nachrichten“ vom 27.03.2004

54 Kommunen unter Vormundschaft

Loch in Haushalten von NRW ist 1,2 Milliarden Euro groß

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Die 396 NRW-Kommunen können ihre Haushalte immer seltener ausgleichen. In den Gemeindekassen klafft in diesem Jahr eine Loch von 1,2 Milliarden Euro: Bereits 40 Prozent der NRW-Gemeinden befinden sich in einem Haushaltssicherungskonzept – 54 Kommunen stehen sogar unter „Vormundschaft“ des Landes und müssen ihre Haushalte von übergeordneten Behörden genehmigen lassen. Dazu gehören Gescher, Laer, Ahlen und Warendorf. Darauf hat der Präsident des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes, Roland Schäfer, in Düsseldorf hingewiesen.

Grund für die Misere ist nach Angaben Schäfers die weiter auseinander klaffende Schere zwischen den Investitionen und den Sozialausgaben. „Während die Investitionen der NRW-Kommunen seit 1992 von 6,4 Milliarden Euro um fast 50 Prozent auf 3,3 Milliarden Euro zurückgingen, stiegen die Sozialausgaben auf 9,2 Milliarden Euro an“, klagte Schäfer. Das habe marode Straßen, Schulgebäude und Kindergärten zur Folge. Der Gemeindebund glaubt nicht mehr an den erhofften Umschwung in diesem Jahr. Das Ausbleiben von Aufträgen der Städte treffe aber auch das Handwerk und die Bauwirtschaft der jeweiligen Region, klagte Schäfer.

Der Gemeindebund wies öffentliche Vorwürfe über explodierende Personalkosten zurück. Unter dem Spardiktat vergangener Jahre hätten die Kommunen eine sparsame Personalpolitik gemacht, die fortgesetzt werden müsse. Der Anstieg der Personalkosten liege in diesem Jahr mit 0,8 Prozent deutlich unter den Tarifabschlüssen.

Der Hauptgeschäftsführer des Gemeindebundes, Bernd Schneider, warnte vor einer Finanzkatastrophe für die Kommunen durch die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) 2005. „Dann fehlen den Kommunen in NRW mindestens eine weitere Milliarde Euro.“

Städte- und Gemeindebund NRW sowie der Städtetag NRW eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, und damit ihren gemeinsamen Willen zur Umstellung der Sportförderung des Landes dokumentiert.

In der gemeinsamen Erklärung ist sinngemäß enthalten, dass die Sportpauschale der Sport treibenden und sportbegeisterten Bevölkerung zur Verfügung steht und die Möglichkeiten der Gemeinden und Städte zur Sportförderung erweitert. Gerade diese Formulierung ist als Hinweis auf den erweiterten Verwendungszweck der Sportpauschale gegenüber dem bisherigen Fördersystem zu verstehen.

ein nach welchem Schlüssel Mittel beispielsweise für die Sanierung eines Vereins-Sportplatzes bekommt.

Wohl sind die Städte und Gemeinden gesetzlich nicht verpflichtet, dafür Mittel zur Verfügung zu stellen. Allerdings dürfte hier vielfach politisch Druck ausgeübt werden, sodass den gemeindlichen Vertretern zumeist ein umfassender Diskussions- und Entscheidungsprozess bevorsteht. Dies hätte vermieden werden können, wenn das Land NRW weiterhin den Ansatz für die Sportvereine im Landeshaushalt belassen hätte. Allerdings wäre dann wohl eine Pauschalierung der Vereinsmittel nicht möglich gewesen, weil diese Mittel (2003: 5,79 Mio. Euro) kaum für eine Pauschalierung ausgereicht hätten.

Im Landeshaushalt verbleiben allerdings Mittel für die Übungsleiter in Höhe von rund sieben Mio. Euro, die weiter vom LandesSportBund NRW an die Vereine weitergeleitet werden. Den mehrfach diskutierten Ansatz, diese Mittel ebenfalls pauschal den Kommunen zur Verfügung zu stellen, hat das Land nicht weiterverfolgt. Im Landeshaushalt ist ferner ein Ansatz für die Förderung von Sportstätten mit überregionaler Bedeutung enthalten. Hierbei ist das NRW-Sportministerium offenbar entschlossen, jene Bürokratie aufrechtzuerhalten, wie sie bislang im Rahmen der Sportstättenbau-Förderrichtlinien gege-

ben war. Eine entsprechende Richtlinie ist in Vorbereitung.

In der jüngsten Zeit ist - unterstützt durch verschiedene Äußerungen seitens des NRW-Sportministeriums - der Eindruck entstanden, dass das Land durch Aufstockung der Sportpauschale den Städten und Gemeinden zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt. In Zeiten extrem knapper kommunaler Finanzmittel wäre ein solcher Ansatz sicherlich sehr zu begrüßen gewesen.

UMSCHICHTUNG STATT AUFSTOCKUNG

Frisches Geld werden die Gemeinden und Städte jedoch nicht erhalten, weil die Aufstockung der Sportpauschale ausschließlich durch Umschichtungen im bestehenden System realisiert worden ist. Die Mittel stammen im Wesentlichen aus der Investitionspauschale und der allgemeinen Finanzmasse im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches. Was daher sportpolitisch sinnvoll ist, mag vor allem die Kämmerner nicht zufrieden stellen, weil ihnen das Geld an anderer Stelle fehlen dürfte.

Am 8. März 2003 fand in Düsseldorf die Konferenz „Sport vor Ort – Entwicklungsperspektiven für Kommunen“ statt. Am Ende der Konferenz haben das NRW-Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, der Landessportbund NRW, der

Die projektbezogenen Fördermittel konnten nach § 26 GFG 2003 für Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten sowie Modernisierung von Sportstätten verwendet werden. Nach § 19 GFG 2004 ist nunmehr auch die Sanierung und der Erwerb von Sportstätten hinzugekommen, sodass mit dieser Regelung der Verwendungszweck - wie vom Städte- und Gemeindebund NRW seit Jahren gefordert - weiter gefasst worden ist.

UNTERHALTUNG AUSGESCHLOSSEN

Weitere Vorgaben über die Verwendungsmöglichkeiten der Mittel aus der Sportpauschale ergeben sich aus einem gemeinsamen Erlass des NRW-Innenministeriums und des NRW-Finanzministeriums

Auch der Schulsport braucht intakte und funktionelle Sportanlagen



vom 10. März 2004. Danach steht die Sportpauschale nur für investive Zwecke, nicht jedoch für Unterhaltungs-Maßnahmen (Strom, Wasser, Heizung) zur Verfügung.

Bis zuletzt ist darüber diskutiert worden, ob die Mittel auch für Miete und Leasing von Sportstätten eingesetzt werden können. Hierfür hatten sich insbesondere die gemeindlichen Spitzenverbände und das NRW-Sportministerium ausgesprochen. Nach dem Erlass ist nunmehr nicht mehr vorgesehen, dass die Mittel auch für Miete und Leasing von Sportstätten verwendet werden können.

Eine Argumentation, die sich auf den Wortlaut des Gesetzes bezieht, muss jedoch nur bis zur nächsten Überarbeitung des Gemeindefinanzierungsgesetzes beibehalten werden. Es bleibt daher zu hoffen, dass das Land umgehend - im Rahmen eines Nachtrags zum Gemeindefinanzierungsgesetz - die Verwendungsmöglichkeiten erweitert.

In dem Erlass ist auch das Verhältnis von Sportpauschale und Schulpauschale geregelt worden. Die Mittel aus der Sportpauschale können dann nicht für eine konkrete Sportstätte verwendet werden, wenn diese ausschließlich dem Schulsport vorbehalten ist. Bei einer Mischnutzung von Sportstätten kann eine Finanzierung aus beiden Pauschalen erfolgen, wobei sich allerdings die Anteile nach Möglichkeit am jeweiligen Nutzungsverhältnis orientieren sollen.

Die Formulierung „nach Möglichkeit“ ist auf Anregung der gemeindlichen Spitzenverbände in den Erlass aufgenommen worden, sodass sich bei den Sportstätten, die sowohl dem Schulsport als auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen, praktisch keine Einschränkungen hinsichtlich der Verwendung der Sportpauschale ergeben dürften.

INFO Der vollständige Text der gemeinsamen Erklärung ist im Internet abzurufen unter www.wir-im-sport.de/templates/dokukategorien/dokumanagement/psdoc/file/79/Gemeinsame405036b864e33.pdf

24 Programme - glasklar und störungsfrei

Mit dem Start des digitalen terrestrischen Fernsehens in Nordrhein-Westfalen wird aus der traditionellen Dachantenne urplötzlich ein fortschrittliches Empfangsgerät

Am 24. Mai 2004 startet in Nordrhein-Westfalen das digitale terrestrische Fernsehen (DVB-T). Damit endet die herkömmliche analoge Verbreitung von Fernsehprogrammen über Antenne. Der Umstieg erfolgt zunächst im Raum Köln/Bonn und dann am 8. November 2004 in der Region Düsseldorf/Ruhrgebiet.

Der vollständigen Umstellung der Fernsehverbreitung in Deutschland von analog auf digital bis zum Jahr 2010 liegt ein Beschluss der Initiative Digitaler Rundfunk (IDR) unter Federführung der Bundesregierung zugrunde. Ziel ist es, alle drei Übertragungswege - Antenne, Kabel und Satellit - zukunftsträchtig zu modernisieren. Parallel zu NRW erfolgt der Übergang zu DVB-T in Norddeutschland. Weitere Bundesländer werden folgen. In Berlin und Brandenburg senden öffentlich-rechtliche und private Programmveranstalter bereits seit 2003 terrestrisch nur noch digital.

Bei DVB-T können statt einem bis zu vier



Foto: Lehrer

Kommt zu neuen Ehren: die Dachantenne für TV-Empfang

Fernsehprogramme und Datendienste auf einer Frequenz ausgestrahlt werden. Durch die bessere Nutzung der Übertragungskapazitäten entsteht für bis zu 14 Millionen Einwohner in NRW eine neue unverschlüsselte Angebotsvielfalt.

Im Raum Köln/Bonn werden ab 24. Mai 2004 20 Fernsehprogramme über die Antenne digital zu empfangen sein. Am 8. No-

DER AUTOR

Michael Schacht ist Leiter des DVB-T Projektbüros Nordrhein-Westfalen

AUS DEM DSTGB

TROTZ SCHEITERN DES OPTIONSMODELLS ARBEITSMARKTREFORMEN JETZT UMSETZEN

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert alle an der Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe Beteiligten auf, sich im Interesse der Langzeitarbeitslosen für eine funktionsfähige Kooperation zwischen den Agenturen für Arbeit und den Kommunen einzusetzen. „Mit dem Scheitern des Optionsmodells wird die Reform nicht aufgehoben“, erklärte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, heute in Berlin. Das Gesetz sieht als Grundstruktur das so genannte Arbeitsgemeinschaftsmodell vor. Danach sollen die örtlichen Agenturen für Arbeit und die Kommunen ihre Aufgaben gemeinsam bündeln und so eine Anlaufstelle für den Betroffenen einrichten. Auch beim Arbeitsgemeinschaftsmodell ist für die Betroffenen Hilfe aus einer Hand möglich. Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund muss aber verbindlich feststehen, dass die Kommunen um jährlich 2,5 Milliarden Euro dauerhaft entlastet werden. „Wir nehmen den Kanzler beim Wort, der den Kommunen diese Entlastung zugesichert hat. Ohne die dauerhafte Erfüllung der Finanzusage werden wir uns nicht erfolgreich in die Arbeitsgemeinschaft einbringen können“. Weiterhin müssen die technischen und organisatorischen Voraussetzungen schnellstens geschaffen werden, damit zum 1. Januar 2005 Zahlungen an die rund drei Millionen Langzeitarbeitslose geleistet werden können. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen verbessert werden kann. (DStGB-Pressemitteilung 23/2004 vom 30.03.2004)

vember 2004 werden vier weitere DVB-T-Programme zugeschaltet. Ebenfalls ab 8. November 2004 werden im Raum Düsseldorf/Ruhrgebiet mindestens 16 digitale Fernsehprogramme zu sehen sein. Ab April 2005 werden es wie in Köln/Bonn 24 digitale TV-Angebote sein.

Mit jeweils zwölf Programmen werden öffentlich-rechtliche wie private Veranstalter gleichgewichtig vertreten sein. Bis Ende April 2004 wird die Programmbelegung festgelegt und kann dann im Videotext der Veranstalter sowie im Internet unter www.ueberallfernsehen.de abgerufen werden.

BESSERE QUALITÄT

DVB-T bietet größere Angebotsvielfalt und die Zuschauer genießen weitere Vorteile. So können die klassischen TV-Programme in besserer Qualität empfangen werden. Die gleichzeitige Übermittlung vielfältiger Daten ermöglicht den Abruf einer elektronischen Programmzeitschrift (EPG) auf dem Bildschirm. Das gesamte DVB-T-Angebot kann portabel und mobil genutzt werden, also nicht nur an einer bestimmten Stelle in der Wohnung, sondern auch unterwegs im Auto oder im Garten. Daher die Bezeichnung „ÜberallFernsehen“.

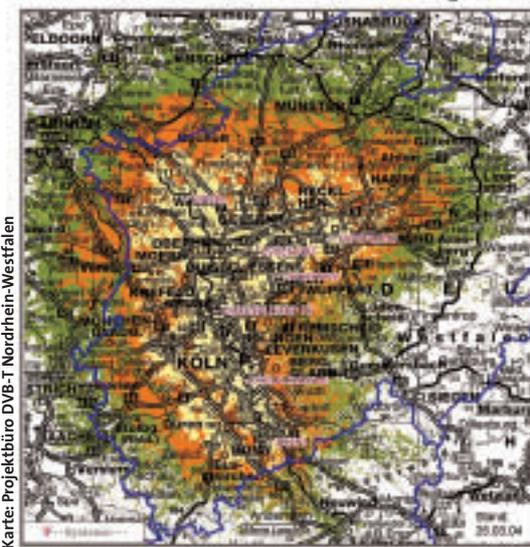
Mit der Entfernung von der Sendestation steigen die Anforderungen an die Antenne zum Digital-TV-Empfang

Bei alledem ist DVB-T nicht ein Ersatz für die Übertragungswege Kabel und Satellit. DVB-T entwickelt sich als ein ergänzender Übertragungsweg gerade auch bei der Nutzung von Zweit- und Drittgeräten im Haushalt. Für die Nutzung von DVB-T benötigen Zuschauer ein entsprechendes Empfangsgerät. Dieses „übersetzt“ die digitalen Datenströme in Signale, die das herkömmliche analoge Fernsehgerät als Töne, Bilder und Text darstellen kann.

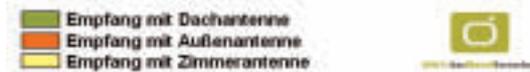
Das Zusatzgerät wird zwischen Antenne und Fernseher geschaltet und findet automatisch alle Programme. Dachantennen können weiter genutzt werden. Für etwa sieben Millionen Menschen in den DVB-T-Gebieten von Nordrhein-Westfalen reicht beim „ÜberallFernsehen“ sogar eine kleine Zimmerantenne in Wohnungen und Häusern aus.

Bereits heute ist eine Vielzahl von DVB-T-Empfangsgeräten auf dem Markt, wobei die preisgünstigsten unter 100 Euro zu haben sind. Höherwertige Fernsehgeräte werden bereits mit DVB-T-Empfangsteil ausgeliefert oder können damit

Prognose für den DVB-T Empfang Bereich Köln/Bonn und Düsseldorf/Ruhrgebiet



Karte: Projektbüro DVB-T Nordrhein-Westfalen



nachgerüstet werden. Auch für den digitalen Fernseh-Empfang in Fahrzeugen bieten einige Hersteller Einbausätze an. Entsprechende Steckkarten sind zudem für Computer und Laptops erhältlich.

I N F O
 DVB-T Projektbüro NRW
 Zollhof 2
 40221 Düsseldorf
 Tel. 0211-77007-460
 Fax 0211-77007 462
 E-mail: info_dvbt@lfm-nrw.de
 Internet: www.ueberallfernsehen.de

Heimlich installierte Dialer verpflichten nicht

Der Bundesgerichtshof hat im März 2004 entschieden (Az. III ZR 96/03), dass ein Telefonkunde dem Netzbetreiber gegenüber nicht zur Zahlung der Telefonkosten zu einer 0190- oder 0900-Mehrwertdienste-Nummer verpflichtet ist, wenn die Anwahl zu dieser Nummer über einen heimlich installierten Dialer erfolgte.

Bei diesen Verbindungen können pro Einwahl oder über einen Zeitraum erhebliche Kosten entstehen, im konkreten Fall waren es innerhalb von drei Monaten etwa 9.000 Euro. Der Sohn der Beklagten hatte beim Surfen im Internet eine Datei auf seinen PC herunter geladen, die eine Beschleunigung der Datenübertragung versprach. Tatsächlich verbarg sich in der Datei ein Dialer. Dieser veränderte die Standardeinstellungen des Computers so, dass alle Internet-Verbindungen fortan über eine teure 0190-Nummer hergestellt wurden. Der BGH entschied, dass der Be-



IT-NEWS
 zusammengestellt von
 Dr. iur. Lutz Gollan,
 IT-Referent beim StGB NRW,
 e-Mail: Lutz.Gollan@nvwstggb.de

klagten und ihrem Sohn ein Verstoß gegen ihre Sorgfaltsobliegenheiten nicht zur Last gelegt werden kann. Sie hatten keinen besonderen Anlass zu Schutzvorkehrungen, da der Dialer nicht bemerkbar war. Auch eine routinemäßige Vorsorge gegen Anwahlprogramme konnte nicht erwartet werden.

Wo „Mormonen“ drauf steht...

...müssen auch welche drin sein. So entschied zumindest das Landgericht Frankfurt in einem jetzt bekannt gewordenen Urteil vom 27.02.2003 (Az. 2/3 O 336/02). Eine Privatperson hatte sich die Internet-Domain „mormonen.de“ reservieren lassen und genutzt – ohne Erlaubnis der „Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage“, wie die Mormonengemeinschaft sich selbst nennt. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts distanzierte sich bislang von dem Trivialnamen, den das Gericht als gleichwohl nach § 12 BGB schützenswerten Spitznamen der Kirche auffasste. Nunmehr betreibt die Kirche selbst die Domain und führt hinter ihrem

offiziellen Namen das Wort „Mormonen“ bescheiden in Klammern am Seitenende.

UnCDs legal kopieren?

Mit unCDcopy, einem Gemeinschaftsprojekt eines Zeitschriften-Verlags und der RapidSolution Software AG, können CDs auf analogem Umweg von Abspielsperren befreit werden. Seit dem durch das reformierte Urheberrechtsgesetz das Kopieren mit entsprechenden Schutzmechanismen versehener CDs verboten ist, berichten Leser der Computerzeitschrift c't in einem Internetregister über diverse Abspielprobleme mit den „UnCDs“. Durch den Kopierschutz entsprechen die CDs nicht mehr dem Industrie-Standard CDA und laufen daher nicht mehr auf allen Abspielgeräten.

Das Windows-Programm unCDcopy führt zu einer analogen Kopie einer CD. Die jeweiligen Schnittdateien, die nötig sind, um die Gesamtaufnahme in einzelne Titel zu teilen, können für andere Nutzer über das c't-CD-Register veröffentlicht werden. Das kostenlose Programm steht unter www.cd-register.de zum Download bereit. Die c't geht davon aus, dass durch das Abgreifen des analogen Audioausgangs des CD-Spielers keine gesetzlich geschützten Schutzmechanismen umgangen werden.

Erhöhung des Realsteuer-Hebesatzes durch Kommunalaufsicht

Der Erlass einer Hebesatzsatzung zur Durchsetzung der Anordnung der Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B durch die Kommunalaufsicht ist u.U. ein rechtswidriger Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung, weil damit das den Kommunen im Rahmen ihrer Finanzhoheit bundesgesetzlich eingeräumte Hebesatzrecht für die Erhebung von Grund- und Gewerbesteuer in unzulässiger Weise eingeschränkt wird (nichtamtlicher Leitsatz).

VG Köln, Urteile vom 19. März 2004 – Az.: 4 K 3720/03 und 4 K 4460/03

Das Verwaltungsgericht Köln hat zwei Klagen der Stadt Meckenheim gegen den Rhein-Sieg-Kreis als Kommunalaufsichtsbehörde stattgegeben.

Der Kreis hält im Juni 2003 die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 360 v.H. auf 381 v.H. angeordnet und nach Weigerung des Meckenheimer Rates, diese Anhebung vorzunehmen, die entsprechende Satzung selbst erlassen. In einem im letzten Jahr geführten Eilverfahren hatte die Kammer die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit einer kurzfristigen Entscheidung offen gelassen und den Antrag der Stadt Meckenheim abgelehnt, weil eine rechtswidrige Erhöhung der Grundsteuer auch später noch korrigiert werden könne.

Das Gericht hält einen derartigen Eingriff der Kommunalaufsicht in die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung jedenfalls in der zu entscheidenden Fallgestaltung für rechtswidrig, weil damit das den Kommunen im Rahmen ihrer Finanzhoheit bundesgesetzlich eingeräumte Hebesatzrecht für die Erhebung von Grund- und Gewerbesteuer in unzulässiger Weise eingeschränkt werde. Auch im Rahmen der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung, zu der die Gemeinden gesetzlich verpflichtet sind, stehe ih-

nen bei der Festsetzung der betreffenden Hebesätze ein Spielraum zu, dessen Grenzen jedenfalls in Meckenheim nicht überschritten seien. Ob die Kommunalaufsicht im Hinblick auf die bundesgesetzlichen Vorgaben überhaupt Einfluss auf die kommunalen Hebesätze nehmen kann, hat die Kammer offen gelassen.

Gegen die Urteile kann die Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Münster beantragt werden.

Gewerbesteuerpflicht kraft Rechtsform

An der Verfassungsmäßigkeit der Gewerbesteuerpflicht kraft Rechtsform gem. § 2 Abs. 2 Satz 1 Gewerbesteuer-gesetz bestehen keine ernstlichen Zweifel (nichtamtlicher Leitsatz).

BFH, Beschluss vom 3. Dezember 2003 - Az.: IV B 192/03

Als Gewerbebetrieb kraft Rechtsform (und damit gewerbesteuerpflichtig) gilt die Tätigkeit der Kapitalgesellschaften (z.B. AG, Kommanditgesellschaft auf Aktien, GmbH), der Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften und der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, unabhängig von der Art der Tätigkeit, § 2 Abs. 2 GewStG.

Gegen diese Regelungen waren immer wieder Zweifel hinsichtlich ihrer Verfassungsmäßigkeit geltend gemacht worden. In einem Verfahren vor dem Finanzgericht des Landes Sachsen-Anhalt hatte eine Rechtsanwaltssozietät in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegen den Gewerbesteuerbescheid geklagt und Recht erhalten (Urteil vom 19. August 2003 - AZ 4 V 108/02). Das FG hatte ausgeführt, es sei ernstlich zweifelhaft, ob die Antragstellerin zur Gewerbesteuer heranzuziehen sei. Eine Personengesellschaft, zu der sich Angehörige eines freien Berufs zur Ausübung ihrer freiberuflichen Tätigkeit zusammengeschlossen hätten, könne freiberuflich i.S.

des § 18 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) tätig sein, wenn alle Gesellschafter in ihrer Person die Tatbestandsvoraussetzungen der Freiberuflichkeit erfüllten. Alle Gesellschafter der Antragstellerin einschließlich der GmbH erfüllten diese Voraussetzungen.

Das BFH hat dies anders gesehen und entschieden, dass an der Verfassungsmäßigkeit der Gewerbesteuerpflicht kraft Rechtsform gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 GewStG keine ernstlichen Zweifel bestehen. Dies gelte auch für die Gewerbesteuerpflicht einer Mitunternehmensgesellschaft, an der neben freiberuflich tätigen Mitunternehmern eine Kapitalgesellschaft beteiligt ist, deren Ge-

sellschafter und (hier) Geschäftsführer wiederum sämtlich freiberuflich tätig sind.

Rechte fraktionsloser Ratsmitglieder

Aufgrund der kommunalen Organisationshoheit und seiner Geschäftsordnungsautonomie ist der Rat berechtigt, die Rechte fraktionsloser Ratsmitglieder gegenüber den sich aus der Gemeindeordnung ergebenden Rechten zu erweitern. Anders ist dies bei den Zuwendungen, die in der Gemeindeordnung abschließend geregelt sind (nichtamtliche Leitsätze).

OVG NRW, Urteil vom 30. März 2004 - Az.: 15 A 2360/02

Der 15. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat entschieden, dass in Nordrhein-Westfalen einzelne Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören, durch entsprechenden Ratsbeschluss das Recht erhalten können, Vorschläge für die Tagesordnung einer Ratssitzung zu machen (Initiativrecht) und als beratende Mitglieder in Ausschüsse gewählt zu werden. Demgegenüber dürfen solche Ratsmitglieder über die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld hinaus keine weiteren Zuwendungen erhalten.

Im Oktober 1999 hatte der Rat der Stadt Gelsenkirchen beschlossen,

1. für die Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung genüge der Antrag eines Ratsmitglieds, wenn es keiner Fraktion angehöre,
2. ein solches Ratsmitglied solle einen jährlichen Sockelbetrag von 3.000,- DM und ggf. weitere Zuwendungen erhalten und schließlich
3. fraktionslose Ratsmitglieder zu beratenden Mitgliedern in verschiedenen Ausschüssen des Rates zu wählen.

Die Bezirksregierung Münster als Kommunalaufsichtsbehörde hob diese Beschlüsse auf mit der Begründung, sie verletzten zwingendes Recht der Gemeindeordnung. Gegen diese kommunale Aufsichtsmaßnahme hatte ein fraktionsloses Ratsmitglied erfolglos beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen geklagt. Auf die gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts erhobene Berufung gab das OVG NRW der Klage mit dem o. g. Urteil in zwei von drei Punkten statt.

Zur Begründung hat es ausgeführt: Aufgrund der kommunalen Organisationshoheit und seiner Geschäftsordnungsautonomie sei der Rat berechtigt, die Rechte fraktionsloser Ratsmitglieder mit den unter 1. und 3. genannten Beschlüssen gegenüber den sich aus der Gemeindeordnung ergebenden Rechten zu erweitern. Der Gemeindeordnung könne keine hinreichend eindeutige gesetzliche Regelung entnommen werden, die die Erweiterung des Initiativrechts oder die Wahl der beratenden Ausschussmitglieder hindere. Anders sei das bei den mit dem Beschluss zu 2. gewährten Zuwendungen. Die Gemeindeordnung regle die Entschä-



GERICHT
IN KÜRZE

zusammengestellt von
Finanzreferent
Andreas Wohland, StGB NRW

„Ruhr Nachrichten“ vom 27.03.2004

Finanzlage der Kommunen in NRW Weiterhin katastrophal

Düsseldorf - Der Städte- und Gemeindebund NRW sieht „kein Licht am Ende des Tunnels“ - die Finanzlage der Kommunen ist nach Darstellung seines Vorsitzenden Roland Schäfer (SPD) „weiterhin katastrophal“.

Zu diesem Ergebnis kommt er aufgrund einer Umfrage, an der sich 346 der 359 kreisangehörigen Mitgliedsorte des Bundes beteiligten. Davon haben nur 50 einen wirklich ausgeglichenen Haushalt, 139 erreichen dies nur durch ein Haushaltssicherungskonzept, 157 werden als „strukturell unausgeglichen eingestuft“. Schäfer: „Der Verfall des Vermögens der Kommunen geht also weiter - Schlaglöcher in den Straßen werden nicht beseitigt, Schulgebäude nicht saniert“. Nach dem Reformkonzept Hartz IV drohe den Kom-

munen ein weiteres Desaster, erklärte Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Bundes. Denn durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe würden die Kommunen in NRW nicht um 400 Millionen Euro entlastet, sondern mit mindestens 600 Millionen Euro zusätzlich belastet. Schneider: „Damit fehlt allein in NRW mindestens eine Milliarde Euro in den kommunalen Kassen“. Er forderte eine Neuberechnung des „Finanztableaus“ von Hartz IV zugunsten der Kommunen. Auch die Anrechnung von Vermögen und Einkommen der Bezieher von Arbeitslosengeld II sei so zu ändern, dass das Einsparpotential von vier Milliarden Euro je zur Hälfte Bund und Kommunen zu Gute komme. ■ L.A.

digung von Ratsmitgliedern abschließend; Aufwandsentschädigungen könnten danach ausschließlich bis zu der gesetzlich bestimmten Höhe gewährt werden.

Das OVG hat die Revision zum Bundesverwaltungsgericht nicht zugelassen.

Kennzeichnung großer Hunde mit Mikrochip

Die in § 11 Abs. 2 Satz 1 LHundG NRW angeordnete generelle Verpflichtung, große Hunde im Sinne von § 11 Abs. 1 LHundG NRW fälschungssicher mit einem Mikrochip zu kennzeichnen, ist verhältnismäßig. Dies gilt auch dann, wenn der Hund bereits eine Tätowierung zur Kennzeichnung aufweist.

OVG NRW, Beschluss vom 05.03.2004 – Az.: 5 B 2640/03

Der Antragsteller ist Halter mehrerer großer Hunde i.S.v. § 11 Abs. 1 LHundG NRW, die bereits eine Tätowierung zur Kennzeichnung aufweisen. Die zuständige Ordnungsbehörde gab dem Antragsteller unter Anordnung der sofortigen Vollziehung auf, seine Hunde gemäß § 11 Abs. 2 Satz 1 LHundG NRW fälschungssicher mit einem Mikrochip kennzeichnen zu lassen. Mit seinem Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes machte der Antragsteller insbesondere geltend, die Verpflichtung zur Anbringung eines Mikrochips sei unverhältnismäßig. Das VG lehnte den Antrag ab. Die Beschwerde war erfolglos.

Die Ordnungsverfügung des Antragsgegners ist offensichtlich rechtmäßig.

Ermächtigungsgrundlage für die behördliche Anordnung, die Hunde fälschungssicher mit Mikrochip kennzeichnen zu lassen und dies gegenüber dem Antragsgegner nachzuweisen, ist § 12 Abs. 1 des am 01.01.2003 in Kraft getretenen Hundegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW -) vom 18.12.2002 (GV.NRW. S. 656). Danach kann die zuständige Behörde die notwendigen Anordnungen treffen, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit, insbesondere Verstöße gegen Vorschriften des Landeshundegesetzes abzuwehren. Der Antragsteller, der Halter mehrerer großer Hunde i.S.d. § 11 Abs. 1 LHundG NRW ist, hat es entgegen der gesetzlichen Verpflichtung nach § 11 Abs. 2 Satz 1 LHundG NRW bisher unterlassen, seine Hunde fälschungssicher mit einem Mikrochip zu kennzeichnen und dies gegenüber der zuständigen Behörde nachzuweisen.

Es bestehen keine Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der in § 11 Abs. 2 Satz 1 LHundG NRW angeordneten Kennzeichnungspflicht. Insbesondere erweist sich die generelle gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung großer Hunde i.S.v. § 11 Abs. 1 LHundG NRW mit Hilfe eines Mikrochips nicht als unverhältnismäßiger Eingriff, selbst wenn der Hund - wie hier - bereits eine Tätowierung zur Kennzeichnung aufweist. Es besteht ein unabweisbares ordnungsrechtliches Bedürfnis, bestimmte Hunde aufgrund der ihnen

eigenen potenziell größeren Gefährlichkeit möglichst umgehend und dauerhaft einem Halter zuzuordnen zu können. Dies ist durch eine Tätowierung nicht gewährleistet.

Eine Tätowierung bietet nicht in gleicher Weise wie der geforderte Mikrochip die Möglichkeit zur schnellen Identifizierung und Zuordnung eines Hundes. Mit Hilfe des Mikrochips kann die zuständige Ordnungsbehörde unmittelbar den Halter feststellen. Schließlich lässt sich auch eine Manipulation der für die Tätowierung verwendeten Nummerncodes nicht ausschließen.

Der Gesetzgeber war nicht gehalten, von der vorgeschriebenen Kennzeichnungsmethode abzuweichen, weil es in Einzelfällen - wie vom Antragsteller geschildert - zu Komplikationen nach der Implantation eines Mikrochips kommen mag. Es ist nicht ersichtlich, dass eine andere, gleich effektive Kennzeichnungsmethode insgesamt für die Tiere schonender wäre. Insbesondere ist nicht erwiesen, dass eine Kennzeichnung mit Hilfe einer Tätowierung regelmäßig mit weniger Schmerzen für das betroffene Tier verbunden wäre.

Der Einwand des Antragstellers, dass derzeit eine Identifizierung des jeweiligen Hundes außerhalb des Bereichs der für den Halter örtlich zuständigen Ordnungsbehörde mit Hilfe des Mikrochips nicht möglich sei, weil die im Landeshundegesetz vorgesehene zentrale Registrierungsbehörde nicht eingerichtet sei, übersieht § 5 DVO LHundG NRW vom 19.12.2003 (GV. NRW. 2004 S. 85). Danach ist das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd zuständige Behörde für die zentrale Erfassung registrierter Hunde. Ihr hat die nach § 13 Satz 1 LHundG NRW zuständige Ordnungsbehörde die auf dem Mikrochip gespeicherte Nummer unter Angabe des Anlasses der Meldung unverzüglich zu übermitteln. Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 DVO LHundG NRW dürfen die für den Vollzug des Landeshundegesetzes zuständigen Ordnungsbehörden im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben auf die zentral erfassten Daten zugreifen. Damit ist in absehbarer Zeit die landesweite Möglichkeit einer unmittelbaren Identifizierung kennzeichnungspflichtiger Hunde gewährleistet.

Schließlich ist auch nicht zu beanstanden, dass der Landesgesetzgeber nicht alle Hunde der Kennzeichnungspflicht unterwirft. Einer Differenzierung nach sachgemäßen Kriterien steht nichts im Wege. So ist es frei von Bedenken, wenn der Gesetzgeber erhöhte Anforderungen an die Haltung großer Hunde unabhängig von deren Rassezugehörigkeit stellt. Große Hunde sind typischerweise wegen ihrer Körpergröße und ihres Körpergewichts und der damit einhergehenden besonderen körperlichen Kraft potenziell eine größere Gefahr als kleine Hunde, soweit diese nicht bereits aufgrund ihrer Rassezugehörigkeit gefährlich sind. Sachgemäß ist es, wenn der Gesetzgeber zur Bestimmung der maßgeblichen Größe an die Widerristhöhe bzw. das Gewicht des Hundes anknüpft. Wie bei jeder typisierenden Regelung kann dies zwar in Grenzfällen - wie vom Antragsteller in der Beschwerdeschrift aufgeführt - zu scheinbar ungerechtfertigten Ungleichbehandlungen führen. Dies ist indes jeder an eine bestimmte Grenze anknüpfenden Regelung immanent und entzieht daher der notwendig typisierenden Vorschrift nicht die Rechtfertigung. ●

IMPRESSUM



STÄDTE- UND GEMEINDERAT

Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Herausgeber

Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211/45 87-1
Fax 0211/45 87-211
www.nwstgb.de

Hauptschriftleitung

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernd Jürgen Schneider

Redaktion

Martin Lehrer M. A. (Leitung)
Telefon 0211/4587-230
E-Mail: redaktion@nwstgb.de
Barbara Baltsch
Debora Becker (Sekretariat)
Telefon 0211/4587-231

Anzeigenabwicklung

Krammer Verlag Düsseldorf AG
Hermannstraße 3 • 40233 Düsseldorf
Telefon 0211/91 49-4 03
Fax 0211/91 49-4 50

Layout

KGS Krammer Grafik Service

Druck

K-DRUCK Kerbusch GmbH & Co. KG
Hocksteiner Weg 38
41189 Mönchengladbach

Gedruckt auf
chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Das Einzelheft kostet 5,- €. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Inhaltsverzeichnis 49,- €. Die Bezugsgebühren werden im dritten Quartal des Kalenderjahres durch besondere Rechnung eingezogen. Bestellungen nur beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, 40474 Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 199-201. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Kein Buchhandelsrabatt. Die mit dem Namen des Verfassers veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342 - 6106



JUNI THEMENSCHWERPUNKT
WASSER